

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952

140 (19.6.1952)

ETTlinger ZEITUNG

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Millimeterzeile 20 Pf. — (Preisliste Nr. 4.) (Tel. aufgegeben, Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden

4. 53. Jahrgang

Donnerstag, den 19. Juni 1952

Nr. 140

Technisches Hilfswerk geplant

Bonn (E.B.). Zum Aufbau eines technischen Hilfswerkes, das in besonderen Bedarfsfällen eingesetzt werden soll, um öffentliche Notstände zu beheben, sind im Haushaltsentwurf des Bundesinnenministeriums für das Rechnungsjahr 1952 rund vierhalb Millionen Mark vorgesehen. Davon sollen unter anderem die Landesverbände und Untereinrichtungen des Hilfswerkes arbeitsfähig gemacht und die notwendigen technischen Einrichtungen und Kraftwagen beschafft werden. Außerdem soll eine Bundesschule für Aus- und Fortbildungskurse eingerichtet werden.

DGB verklagt Bundesarbeitsminister

Agartz erwartet verschärfte Auseinandersetzung

Köln (E.B.). Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat beim Landesverwaltungsgericht in Köln gegen den Bundesarbeitsminister Klage wegen Ermessensmissbrauchs erhoben. Der Klage liegen Verträge über die Besetzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu Grunde.

Der DGB wirft dem Bundesarbeitsminister vor, die gesetzlichen Vorschriften bei der Berufung der Vorstandsmitglieder nicht beachtet zu haben, weil die dem DGB angeschlossenen Gewerkschaften bei der Verteilung der Sitze gegenüber der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft nicht genügend berücksichtigt worden seien. In der Bevorzugung einer kleinen Gewerkschaft und der „unberechtigten“ Abänderung der Vorschlagslisten sehe der DGB einen erheblichen Ermessensmissbrauch.

Der Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, Dr. Viktor Agartz, sagte eine weitere Versteifung und Verschärfung der Auseinandersetzungen zwischen dem DGB einerseits sowie der Bundesregierung und dem Unternehmerium auf der anderen Seite voraus. Den Verteidigungsbeitrag nannte Agartz, der auf dem Gewerkschaftstag der IG Chemie in Frankfurt sprach, ein „ungeheures güterwirtschaftliches Wagnis“. Es sei denkbar, so meinte er, daß sich bei einer Aufrüstung das Sozialprodukt erhöhe; zwischen dem zivilen und dem Rüstungssektor könnten sich jedoch Rivalitäten ergeben, die nur durch eine gesteuerte Produktion auszugleichen seien.

Die Delegierten des Gewerkschaftstags forderten die Bundesregierung in einer Entschließung auf, dem Bundestag einen Gesetzentwurf über die Eigentumsregelung im Bergbau, der Montan-Union und der Grundchemie zuzuleiten.

Vertreter des Gemeinschaftsausschusses der deutschen gewerblichen Wirtschaft trugen Bundeskanzler Dr. Adenauer den Wunsch vor, in gleicher Weise wie die Gewerkschaften mit Vertretern des Bundestages über das Betriebsverfassungsgesetz zu verhandeln. Auch ihrerseits würden erhebliche Einwendungen gegen einzelne Bestimmungen des Gesetzentwurfs geltend gemacht. Der Gemeinschaftsausschuß erklärte sich bereit, einen Entwurf für einen Bundeswirtschaftsrat vorzulegen, wie es auch die Gewerkschaften tun wollen.

14 500 Gefangene schreiben aus Rußland

In westlichem Gewahrsam sind noch 800

Hamburg (UP). Der Leiter des Evangelischen Hilfswerkes für Internierte und Kriegsgefangene, Bischof Dr. Heckel, München, berichtete auf einer Pressekonferenz, daß noch rund 14 500 Kriegsgefangene nach der letzten großen Postperre aus 13 bekannten sowjetischen Lagern regelmäßig schreiben. Vor der Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS im Mai 1950, daß die Sowjetunion nur noch 13 500 deutsche Kriegsgefangene in Gewahrsam haben, seien die Namen von 62 792 Kriegsgefangenen in der Sowjetunion bekannt gewesen. Vermutlich dürfe ein großer Teil der zurückgehaltenen Kriegsgefangenen nicht schreiben. Von 238 in der Nähe von Iwanowo zusammengefaßten deutschen Generalen ständen etwa 80 in Verbindung mit der Heimat. Aus den Lagern wird berichtet, daß das Leben dort erträglich geworden sei. Der Gesundheitszustand entspreche etwa dem innerdeutschen.

Bischof Heckel gab die Zahl der in anderen Ländern noch festgehaltenen Deutschen wie folgt an: Frankreich 370, die Beneluxländer, Dänemark und Norwegen zusammen 230, Jugoslawien 223, Albanien 7 (darunter 3 Frauen), Griechenland 1 (General Andreas). Die größte Not herrsche in der Tschechoslowakei und in Polen, von wo man auch keine gesunden Zahlenangaben habe. Die Zahl der Gefangenen in Polen wird auf 2200 geschätzt.

12 Kumpels fanden im Schacht den Tod

Brüssel (UP). Innerhalb weniger Stunden ereigneten sich in zwei belgischen Kohengruben mehrere Explosionen, die 12 Opfer forderten. In der Grube „Pechon“ in der Nähe von Couillet wurden bei einer Explosion sieben italienische Bergleute getötet; sechs weitere werden noch vermißt. Bei Pleton schloß die Explosion sieben Kumpels in einem 300 m tief gelegenen Stollen ein. Nach 24-stündiger Rettungsarbeit konnten zwei der Verschlungenen lebend geborgen werden. Für die Rettung der übrigen besteht nur wenig Hoffnung.

Protest gegen Pankows Terror

Der Bundestag appelliert an die freie Welt — Hilfe für Flüchtlinge und Grenzkreise

Bonn (UP). In feierlicher Form protestierte der Bundestag gegen die neuen „Willkür- und Terrormaßnahmen“ in der sowjetischen Besatzungszone und erklärte die Ausweisungssaktionen der Pankover Regierung für ungesetzlich. Das Haus bekundete gleichzeitig seine tiefe Verbundenheit mit der Bevölkerung der Sowjetzone und appellierte an die freie Welt, gemeinsam mit der Bundesregierung den „unglücklichen Flüchtlingen“ Hilfe und Beistand zu gewähren.

Zuvor hatte Bundeskanzler Dr. Adenauer die Bevölkerung der Bundesrepublik an ihre „moralische Verpflichtung“ zur freiwilligen Hilfe für die Sowjetzonenopfer erinnert und betont, die sowjetischen Aktionen zielten die Unehrlichkeit gegenüber der angeblich erstrebten Wiedervereinigung. Sie beabsichtigten die völlige Abtrennung der Ostzone.

Die Entschließung beendete eine über zweiwöchige Debatte, die auf zwei von der Mehrheit des Bundestages gebilligte Anträge der FDP und SPD zurückging. Mit diesen Anträgen wurde die Bundesregierung aufgefordert, gegen die neuen Maßnahmen der Sowjets in jeder möglichen Form zu protestieren und für eine menschenwürdige Unterbringung der Opfer zu sorgen. Mit einer Überbrückungshilfe soll die Regierung die jetzt entstandene Notlage der Grenzkreise lindern helfen.

In Beantwortung einer großen Anfrage der SPD teilte der Bundeskanzler dann mit, daß die Bundesregierung das Ausmaß der wirtschaftlichen Schäden im Zonengrenzgebiet gemeinsam mit den betroffenen Ländern zur Zeit prüfe. Unmittelbare Verhandlungen mit den Sowjetzonen-Stellen halte er dazu nicht für geeignet, dagegen sei er für neue Interzonen-Wirtschaftsverhandlungen.

Als weitere Hilfsmaßnahmen sind nach Angaben des Kanzlers geplant: Verstärkte Verteilung der Flüchtlinge auf die Länder, Kredite für betriebliche Umstellungen für die durch die Sperrmaßnahmen betroffenen Betriebe, finanzielle Hilfe bei der Errichtung neuer Verkehrswege im Grenzgebiet, Erklärung des Gebiets zum Notstandsgebiet.

Saarbeschwerte beim Europa-Rat

Auf der umfangreichen Tagesordnung des Plenums stand noch einmal die Saarfrage im Mittelpunkt. Auf eine große Anfrage der SPD, die erneut die Vorlage eines Weißbuches über die Saarverhandlungen des Kanzlers forderte, antwortete Dr. Adenauer, die Denkschrift der Bundesregierung über die Zustände an der Saar sei nicht zurückgezogen worden, sondern werde von ihm noch im Ministerrat des Europa-Rates zur Sprache gebracht werden, falls Frankreich nicht seine Saarpolitik ändere. Die Veröffentlichung eines Weißbuches lehnte er erneut ab, weil dadurch zukünftige Besprechungen mit dem französischen oder anderen Außenministern unmöglich gemacht werden könnten. Außerdem habe er mit Außenminister Schuman in Paris und London keine konkreten Ergebnisse in den Unterredungen erzielt. Die SPD nannte diese Antwort unbefriedigend.

Dr. Adenauer lehnte auch die Beantwortung einer weiteren großen Anfrage der SPD ab, in der ihm vorgeworfen wurde, den Kampf des DGB gegen den Totalitarismus in seinem Schreiben an Fette erschwert zu haben. Der Kanzler erklärte, er möchte auf Grund der persönlichen Pöhlungsmaßnahme mit Fette die Anfrage zur Zeit nicht beantworten. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Jahn, der die Anfrage begründete, meinte, die Gewerkschaften seien neben der SPD die festesten Säulen der Demokratie in Deutschland.

Deutschland muß zum Westen

Spaak warnt vor Kriegsgefahr — Eden will in Berlin fest bleiben

Paris (UP). Der Führer der belgischen Sozialdemokraten, Paul Henri Spaak, stellte vor Mitgliedern der französischen Europa-Bewegung fest, daß ein sowjetisiertes Deutschland Krieg bedeuten würde. Deutschland müsse in den Westen eingegliedert werden, um zu verhindern, daß es zum sowjetischen Einflußgebiet wird. Ein unter sowjetischem Einfluß stehendes Deutschland würde nach Ansicht Spaaks auch dann eine zum Krieg führende Entwicklung auslösen, wenn es theoretisch zum neutralen Staat erklärt werde.

Spaak forderte die beschleunigte Bildung einer übernationalen politischen Behörde Europas und bezeichnete die „Vereinigten Staaten von Europa“ als „logischen Partner“ für die Vereinigten Staaten von Amerika. Spaak ist davon überzeugt, daß die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in absehbarer Zeit Wirklichkeit wird.

„Falls Vier-Mächte-Besprechungen stattfinden, werden sie sich um freie deutsche Wahlen drehen“, sagte Außenminister Eden im Unterhaus in Erwiderung der Bemerkung eines Labour-Abgeordneten. Je eher die vorgeschlagene Vier-Mächte-Konferenz stattfindet, desto besser sei dies. Die Westmächte

Kampf um die Rechtsgutachten

In einem weiteren Vorstoß gegen die Regierungspolitik verlangte die SPD, daß die erste Lesung des Bonner Vertragswerks im Bundestag ausgesetzt wird, bis die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die umstrittene Frage der Verfassungsmäßigkeit der Verträge vorliegt. Ein Antrag, wonach der Bundestag in öffentlicher Ausschuß-Sitzung Rechtsgutachten zu dieser Frage einholen sollte, wurde jedoch mit dem Hinweis abgelehnt, daß das Bundesverfassungsgericht bereits um eine Stellungnahme angerufen worden sei, so daß sich eine eigene Untersuchung des Bundestages erübrige. Ein weiterer Antrag der SPD, der von der Bundesregierung die Vorlegung aller ihrer Rechtsgutachten über die Verfassungsmäßigkeit der Verträge verlangte, wurde dem Rechtsausschuß überwiesen, nachdem Dr. Adenauer versichert hatte, daß die Bundesregierung nur das bereits veröffentlichte Gutachten Prof. Jellinek besitzt.

Änderung der Investitionshilfe

Schließlich entstand um einen Initiativgesetzentwurf, der Erleichterungen für die Investitionshilfevorsorge, eine längere Debatte. Die als Investitionshilfe für die Grundstoffindustrie vorgesehene eine Milliarde Mark soll nach dem Entwurf von den Abgabepflichtigen nicht bereits bis Ende dieses Jahres, sondern erst bis zum 30. April kommenden Jahres aufgebracht werden. Der Gesetzentwurf wurde an die Fachausschüsse überwiesen. Ein Initiativgesetzentwurf der Föderalistischen Union, der die Aufhebung fast des gesamten Investitionshilfegesetzes vorsieht, da sich die Lage der Grundstoffindustrie gebessert habe, wurde in erster Lesung abgelehnt.

Nach dem von der Regierungskoalition eingebrachten Entwurf sollen die Aufbringungsbeiträge für die Investitionshilfe von dem der Zahlung folgenden Monat an bis zur Zuteilung der Wertpapiere mit jährlich fünf (gegenüber bisher vier) Prozent verzinst werden, falls die Wertpapiere nicht binnen 18 Monaten nach voller Zahlung der Aufbringungsschuld zugestellt sind. Ferner soll der Aufbringungsbeitrag von dreieinhalb Prozent der Bemessungsgrundlage nicht mehr bis zum 31. August, sondern erst bis zum 31. Dezember 1952 so erhöht oder ermäßigt werden, daß eine Milliarde DMark aufgebracht wird. Eine Befreiung von der Aufbringungsspflicht ist vorgesehen, wenn der gewerbliche Gewinn der Aufbringungspflichtigen vor Abzug der gemäß Paragraphen 7c und d des Einkommensteuergesetzes von Gewinn abgesetzten Beträge in den letzten beiden Jahren 10 000 DM übersteigt.

Die übrigen 21 Tagesordnungspunkte wurden in verhältnismäßig kurzer Zeit erledigt. Angenommen bzw. an die Ausschüsse überwiesen wurden Gesetzentwürfe über Zollvereinbarungen mit der Türkei, über Grenzgänger- und Gastarbeiter-Abkommen mit Belgien, Spanien und Österreich, ein Sozialabkommen mit Österreich und ein Gesetz über den Beitritt der Bundesrepublik zum Abkommen über den Internationalen Währungsfonds. Eine längere Aussprache erforderte noch die zweite Lesung eines Änderungs- und Ergänzungsgesetzes zum Selbstverwaltungsgesetz für die Sozialversicherung. Die dritte Lesung wurde auf die nächste Woche vertagt.

Der Bundestag hob die Immunität der KPD-Abgeordneten Gertrud Strohbach und des KPD-Abgeordneten Otto Niebergall auf, gegen die von DGB-Funktionären Strafanzeigen wegen Verleumdung erstattet wurden.

Das neue Bundeswahlgesetz

Von Günther Schois

Nach dem Grundgesetz muß der gegenwärtige Bundestag in Gesetzesform beschließen, nach welchem Wahlsystem künftig der Bundestag zustandekommen soll. Das heißt, daß bevor noch der Wähler 1953 über die künftige Zusammensetzung des deutschen Bundestages bestimmt, in diesem Jahre eine Vorentscheidung fällt, die das Wahlergebnis in gewissem Umfange vorwegnehmen kann.

Unter der Vielzahl der erprobten oder konstruierbaren Wahlsysteme versuchen deshalb die Parteien des Bundestages diejenige Form zu finden, die den möglichen Verschiebungen der Stimmzahl möglichst stark oder möglichst schwach Ausdruck geben. Die Regierungsparteien sind daran interessiert, ihren Anteil an den 462 Sitzen des Bundestages nicht durch ein Wahlsystem zu gefährden, das schon bei einer ganz geringfügigen Änderung der Wählermeinung die Mehrheitsverhältnisse erheblich zu ihren Ungunsten verschlechtern würde, während die Opposition gerade das gegenteilige Interesse hat. Sie vertritt nach einem Vorstandsbeschuß vom April die Auffassung, daß im zukünftigen Wahlgesetz eine Mischung zwischen Verhältnis- und Mehrheitswahlrecht, etwa auf der Basis des letzten Wahlsystems, erhalten bleiben müsse. Das Verhältnis der direkt gewählten und der über die Landeslisten in den Bundestag einziehenden Kandidaten soll also 60:40 sein, verbunden mit der Vorschrift, daß jede Partei in allen Wahlkreisen zumindest eines Landes Kandidaten aufstellen muß.

So klar die Haltung der Opposition im Falle des Wahlgesetzes ist, so unstritten ist jedoch das Problem noch innerhalb der Regierungskoalition, die zur Vorbereitung des Wahlgesetzes einen interfraktionellen Ausschuß gebildet hat. Besonders die beiden kleineren Koalitionspartner FDP und DP drängen auf eine baldige Entscheidung, während die CDU wie die SPD eine ruhigere Gangart eingeschlagen haben. Für die kleineren Regierungsparteien ist das künftige Wahlgesetz eine Existenzfrage, da sie bei einer von Teilen der CDU erstrebten Änderung zum reinen Mehrheitswahlrecht zu Gunsten der beiden großen Parteien erheblich an Boden verlieren würden. Ihre Tendenzen gehen dahin, entweder an dem alten Mischsystem festzuhalten oder ein Mischwahlsystem zu finden, das ihnen, wenigstens im Verhältnis 75:25, noch über die Landeslisten eine gewisse Anzahl von direkt nicht durchzubringenden Kandidaten garantiert. Von der FDP wird in diesem Sinne zur Zeit ein Vorschlag begünstigt, der sogenannte Dreierwahlkreise vorsieht, in denen jede Partei drei Kandidaten aufstellen und die drei Abgeordneten nach dem d'Hondtschen System errechnet werden sollen. Auf die nicht zum Zuge gekommenen Reststimmen wären dann noch eine bestimmte Anzahl von Mandaten der Landesliste zuzuteilen.

Mit dem reinen Mehrheitswahlsystem, das heute noch in England besteht, würde die CDU allerdings die bürgerlichen und rechtsstehenden Wähler auf sich konzentrieren können, da diese notgedrungen den aussichtsreichsten, weil von der stärksten Partei aufgestellten CDU-Kandidaten wählen oder sich sozialistisch entscheiden müßten. Die Folge wäre auf die Dauer ein Zwei-Parteien-Staat, in dem die vielen Zwischentöne zwischen links und rechts parteipolitisch im Parlament nicht sichtbar würden. Diese Lösung ist schon deshalb nicht sehr wahrscheinlich, weil es für jeden einzelnen Wahlkreis eine Vorausseinerung von CDU, FDP und DP darüber bedürfte, wer von ihnen „den“ bürgerlichen Kandidaten stellen soll. Außerdem würde die reine Mehrheitswahl sowohl den jüngeren, weniger bekannten Kandidaten kaum Chancen geben, wie auch die sogenannten Fachleute von der parlamentarischen Arbeit fernhalten, denen Rednergabe und Popularität als Voraussetzungen für eine erfolgreiche Einzelkandidatur fehlen.

Fast ebenso wichtig wie das System, nach dem die abgegebenen Stimmen in der Zusammensetzung des Bundestages zum Ausdruck kommen sollen, ist die Festlegung der einzelnen Wahlkreise. Eine Neuerteilung wird von allen Parteien als notwendig betrachtet, weil seit 1949 durch die Vertriebenenumsiedlung und andere Gründe erhebliche Bevölkerungsveränderungen innerhalb des Bundesgebietes eingetreten sind. Darüber hinaus aber kann durch die Grenzziehung der Wahlkreise je nach dem angewandten Mischwahlsystem das Wahlergebnis beeinflusst werden. Würden z. B. Großstädte nicht als geschlossene Wahlkreise behandelt, sondern in Bezirke aufgeteilt und diese mit ländlichen Gemeinden zu Wahlkreisen verbunden, so wäre die in den Großstädten vielfach dominierende Stellung der SPD gefährdet.

Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß der eigentliche Streit zwischen Regierungsparteien und Opposition sich weniger auf das Wahlsystem als auf die gleichzeitig festzulegenden Wahlkreise konzentrieren wird. — Erwähnt sei noch, daß mit der Einführung einer Sperrklausel von 5 Prozent gerechnet werden kann, da alle Parteien eine allzu starke Aufspaltung der Stimmen verhindern wollen.

Der Berliner Bürgermeister Roeder ist zu einem zweitägigen Besuch in Zürich eingetroffen.

Ausbau der Bamberger Hochschule

München (UP). Die Versuche, allmählich eine weitere Landesuniversität in Bayern zu schaffen, haben in einem dem Landtag eingereichten Antrag von CSU-, BP- und BHE-Abgeordneten, an ihrer Spitze Ministerpräsident Dr. Ehard, ihren Niederschlag gefunden. Der Antrag fordert die Erhebung der rechts- und staatswissenschaftlichen Abteilung an der Philosophisch-Theologischen Hochschule in Bamberg zur Fakultät mit allen Rechten, einschließlich des Rechts der Doktorpromotion. Ferner wird die Gleichstellung des Studiums an der „Staatlichen Hochschule Bamberg“ mit dem Studium an einer Universität verlangt.

Amnestie für Gefangene verlangt

Bremer (UP). Auf einer von 18 Organisationen und sämtlichen politischen Parteien — außer KPD und SRP — einberufenen Großkundgebung wurde im Bremer Sportpalast die sofortige Freilassung aller noch inhaftierten deutschen Kriegsgefangenen gefordert. Die Bundesregierung wurde in einer Entschleunigung aufgefordert, alle notwendigen Schritte unter Anwendung aller ihr zur Verfügung stehenden Mittel unverzüglich einzuleiten, um den Kriegsgefangenen und Verschleppten in fremden Gewahrsam innerhalb oder außerhalb der Bundesrepublik zur Freiheit zu helfen.

Der aus dem Landsberg- und Malmédy-Prozess bekannte Münchener Verteidiger Rudolf Aschenauer erklärte, die US-Generalie hätten in Korea weit schärfere Vergeltungsmaßnahmen durchführen lassen, als die noch in Landsberg inhaftierten deutschen Generäle. Aschenauer forderte eine umfassende Generalamnestie für alle von alliierten Gerichten als „Kriegsverbrecher“ abgeurteilte Personen, „um die Schändlichkeit dieser Verfahren aus der Welt zu schaffen“. In diesem Zusammenhang beschuldigte der Rechtsanwalt die Tribunale der Alliierten, im Malmédy-Prozess und in verschiedenen Dachauer Verfahren „Scheinurteile“ zur Erpressung von Geständnissen und „Scheinverfahren“ durchgeführt zu haben. Außerdem seien Berufsverbrecher als Belastungszeugen im Dachauer-Prozess aufgetreten, die ihren Unterhalt als „Berufszeugen“ verdient hätten. Die roten Zeugenkarten, die nicht nur zum Betreten der Gerichtsgebäude, sondern auch zum Empfang von Nahrungs- und Genussmitteln berechtigt hätten, seien 1946 bis 1947 in München auf dem Schwarzen Markt gehandelt worden. Die „Zeugen“ hätten sich das angebliche Belastungsmaterial gegenseitig gestohlen und ihre Aussagen aufeinander abgestimmt.

Frankreich treibt Atomforschung voran

Paris (UP). Das französische Kabinett hat einen Plan gebilligt, nach dem im Verlauf von fünf Jahren 367,8 Milliarden Franken (rund 450 Millionen DM) in die in den letzten Jahrzehnten vernachlässigste Atomforschung gesteckt und die Ergebnisse den verschiedensten industriellen Zwecken nutzbar gemacht werden sollen. Ziel des Planes ist es, Frankreich zur führenden Nation auf dem Gebiet der Atomenergie zu machen.

Die französische Nationalversammlung billigte mit 509 gegen 99 Stimmen das Verteilungsbudget für das laufende Haushaltsjahr, das Ausgaben von 1400 Milliarden Francs (16,8 Milliarden DM) vorsieht. Nur die kommunistische Fraktion stimmte gegen die Vorlage.

Ferner genehmigte das Parlament mit den Stimmen aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten die Militärkredite in Höhe von 830 Milliarden Francs. Das Abstimmungsergebnis war 507 zu 98.

Der französische Innenminister Brune kündigte die beschleunigte Ausarbeitung von Gesetzen an, durch welche die Kommunisten aus allen wichtigen Stellen in der Regierung und den mit der Verteidigung des Landes betrauten Behörden ausgeschlossen werden sollen.

Frankreichs Montanunion-Bedingung

Paris (UP). Die französische Regierung will nach Mitteilung zuverlässiger Kreise den ehemaligen französischen Justizminister René Mayer als Präsident des Gerichtshofs der Europäischen Kohle- und Stahlunion vorschlagen.

Die Verwirklichung der Montan-Union ist nach einer Erklärung des Quai d'Orsay erst nach Erfüllung der vom französischen Parlament bei der Ratifizierung gestellten Bedingungen möglich. Die wesentlichste dieser Bedingungen sei die Entflechtung der deutschen Industrie. Der Zusammenritt der Außenminister der sechs Mitgliedstaaten zur Wahl des Sitzes der Schumanplanbehörden und der Entscheidung ihrer personellen Besetzung soll voraussichtlich am 30. Juni bzw. am 1. Juli erfolgen.

Im Interims-Ausschuß der Schumanplan-Staaten sollen sich, wie in Brüssel verlautet, die Bundesrepublik, Frankreich und Italien für eine Zentralisierung der Montanbehörden — vermutlich in Straßburg — ausgesprochen haben. Die drei Beneluxstaaten wünschen jedoch Lüttich als Sitz der Montanbehörden.

Bedeutender Wahlsieg Harrimans

Washington (UP). MSA-Direktor Averell Harriman ist aus den Präsidentschaftswahlen der Demokraten in Washington mit 14 073 Stimmen als klarer Sieger über Estes Kefauver (3377 Stimmen) hervorgegangen. Harriman gewann damit alle sechs Delegiertenstimmen. Dem Ergebnis kommt insofern eine große Bedeutung zu, weil dies die erste Vorwahl ist, an der sich Harriman formell beteiligte. Dennoch liegt Kefauver im Gesamtergebnis mit 252 Delegierten noch immer weit an der Spitze vor Russell (114) und Harriman (109).

SPD/FU beharren auf Wehrklage

Zurückstellung der Bundesratsberatung? — Ehard appelliert an die Länder

Bonn (UP). Die hinter der Klage auf Feststellung der verfassungsändernden Eigenschaft eines Wehrgesetzes stehenden Bundestagsabgeordneten haben dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts telegraphisch mitgeteilt, daß die Entscheidung über ihre Klage Vorrang vor dem Gutachten für den Bundespräsidenten haben müsse.

In dem Telegramm heißt es, ein Gutachten werde lediglich die möglicherweise verschiedenen Meinungen und ihre Gründe darlegen können, um dem Bundespräsidenten „seine eigene Entscheidung zwischen diesen Meinungen beratenderweise vorzubereiten“. Deshalb sei es weder rechtlich zulässig noch wirksam möglich, der Erstattung eines Gutachtens den Vorrang vor Entscheidungen über den von der dazu befugten Minderheit des Bundestages gestellten Antrag einzuräumen. (Die Bundesregierung hat sich am Vortage mit der Aussetzung des Verfahrens einverstanden erklärt.)

Inzwischen hat das Plenum des Bundesverfassungsgerichts auf Grund des Ersuchens des Bundespräsidenten um ein Rechtsgutachten beschlossen, daß zunächst abgewartet werden soll, welche schriftlichen Begründungen ihrer Auffassungen die an dem Verfahren vor dem Ersten Senat Beteiligten bis zum 25. Juni abgeben.

Verschiedene Bundesländer haben — wie aus der hessischen Staatskanzlei verlautet — eine Erklärung vorbereitet, nach der der Bundesrat über den Generalvertrag sowie den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft vor seiner Überweisung an den Bundestag nicht mehr beraten soll. Erst nach Rücklauf dieser beiden Gesetze soll der Bundesrat Stellung nehmen. Hessen wird dieser Erklärung zustimmen, da nach allgemeiner Ansicht die sonst für die Beratung eines Gesetzesentwurfs oder Gesetzes im Bundesrat übliche Frist von zwei Wochen in diesem Falle nicht ausreiche.

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Ehard vertrat im Münchener Rundfunk den Standpunkt, daß beide Verträge nicht ohne Zustimmung des Bundesrates ratifiziert werden können. Ehard appellierte jedoch eindringlich an den Bundesrat, seine Entscheidung nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten zu treffen, sondern aus der Verantwortung „die sich aus seinem föderalen Wesen und Sinn ergibt“. Es wäre nach seiner Meinung schlimm für das Ansehen des Bundesrates, wenn seine Entscheidung über das Vertragswerk nur ein Widerspiel des parteipolitischen Kräftespiels im Bundestag sein würde.

Zu den Verträgen selbst meinte Ehard, niemand könne leugnen, daß sie ein Fortschritt seien. Deutschland könne sich sieben Jahre nach der Kapitulation nicht auf den Standpunkt stellen: „Alles oder nichts“. Würde die Politik, die zum Abschluß der Verträge geführt hat, scheitern, „dann kann man sich an den fünf Fingern abzählen, daß damit der Idee der europäischen Gemeinschaft ein ganz schwerer Schlag versetzt wird.“

Die Mehrzahl der Länderfinanzminister hat sich bereits gegen den im Finanzabkommen zum Deutschlandvertrag vereinbarten finanziellen deutschen Verteidigungsbeitrag ausgesprochen, weil sie befürchten, daß ein Verteidigungsbeitrag in Höhe von 850 Millionen DM monatlich nicht ohne eine Steuererhöhung oder die Einführung neuer Steuern aufgebracht werden könne.

Paris ändert seine Saarpolitik nicht

Quai d'Orsay antwortet Adenauer — Angebllicher Verhandlungsverzicht Bonn

Paris (UP). Frankreichs Haltung zur Saarfrage ist unverändert, die französische Regierung beabsichtigt auch in Zukunft keine Änderung ihrer Politik an der Saar, erklärte ein Sprecher des Quai d'Orsay zur Ankündigung Dr. Adenauers, die Saarfrage erneut im Europa-Rat anzusprechen.

„Das jetzige Saarstatut stellt Frankreich völlig zufrieden“, sagte der Sprecher. Deutschland verlange, daß das Schicksal der Saar bereits vor dem Friedensvertrag geregelt werde. „Für uns ist es im Grunde bedeutungslos, ob diese Frage vor oder erst beim Friedensvertrag geregelt wird, da wir für die Beibehaltung der heutigen Lösung eintreten und von einer entsprechenden Regelung überzeugt sind.“

Bei dem privaten Gedankenaustausch zwischen Adenauer und Schuman seien zwei Vereinbarungen getroffen worden: 1. daß deutsch-französische Besprechungen über die Zukunft des Saargebietes geführt würden mit dem Ziel, eine endgültige Regelung zu finden; 2. daß eine deutsch-französisch-saarländische Dreierkommission die Voraussetzungen zur Durchführung unbehinderter Landtagswahlen an der Saar prüfen soll. Wenn nunmehr der Bundeskanzler erkläre, daß er das Saarproblem vor den Ministerratsschuß des Europarates bringen wolle, dann scheine er damit auf die Aufnahme unmittelbarer deutsch-französischer Saarverhandlungen verzichtet zu haben. Auf französischer Seite bleibe im gegenwärtigen Zeitpunkt nur die Feststellung übrig, daß sich die deutsche Haltung in der Saarfrage gewandelt habe, nicht aber die französische, die unverändert geblieben sei.

Durch die verschiedenen von der Bundesregierung ausgetauschten Verträge sei eine künftige Regelung des Saarproblems in keiner Weise präjudiziert worden. Der Deutschland-

vertrag beziehe sich nur auf das Gebiet der Bundesrepublik; im Verträge über die Europa-Armee sei die Beteiligung des Saarlandes offengelassen worden. Im Schumanplan sei die Beteiligung des Wirtschaftspotentials der Saar im Rahmen der französisch-saarländischen Wirtschaftsunion vorgesehen, ohne daß das Problem der völkerrechtlichen Stellung der Saar in irgendeiner Weise berührt werde.

Neues Saar-Wahlggesetz

Der Saarlandtag nahm in erster Lesung bei Stimmenthaltung der Sozialdemokratischen Partei Saar gegen zwei Stimmen oppositioneller Abgeordneter ein Landtagswahlggesetz an. Ein genauer Termin für die Landtagswahl wurde offiziell nicht genannt. Politische Kreise rechnen jedoch mit dem 5. oder 19. Oktober. Das Wahlggesetz sieht wie bisher 50 Abgeordnete vor, die durch gebundene Listen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl in drei Wahlkreisen gewählt werden. Listenverbindungen sind nicht zulässig. In der Begründung des Gesetzes heißt es, daß die Beschränkungen über Wahlberechtigung und Wählbarkeit, die sich aus den gesetzlichen Maßnahmen zur Beseitigung von Nationalismus und Militarismus ergeben hätten, jetzt beseitigt werden seien. Von der Wählbarkeit ausgeschlossen sind Saarländer, die während der letzten zwei Jahre dem Vorstand einer aufgelösten oder nicht genehmigten Partei angehört haben.

Das neue saarländische Rundfunkgesetz wurde in dritter Lesung endgültig verabschiedet. Es sieht vor, daß der Saarbrücker Sender von einer Rundfunk-GmbH übernommen wird, deren Anteile zu 70 Prozent in den Händen des Saarlandes und zu 30 Prozent in den Händen Frankreichs liegen sollen. Dem neuen Aufsichtsrat werden 7 Saarländer und vier Franzosen angehören.

Schweden weist Beschuldigungen zurück

Keine Verletzung sowjetischen Hoheitsgebietes — Küstenverteidigung Alarmbereit

Stockholm (UP). Die sowjetische Beschuldigung, daß ein schwedisches Militärflugzeug am 16. Juni sowjetisches Hoheitsgebiet verletzt und das Feuer auf sowjetische Jagdflugzeuge eröffnet habe, wird in einer Note der schwedischen Regierung, die dem sowjetischen Botschafter in Stockholm, Rodionow, übergeben wurde, kategorisch bestritten.

In der Note wird festgestellt, daß sich am frühen Montag morgen nur zwei schwedische Flugzeuge im Gebiet zwischen Gotland, Åland und Dago befunden hätten. Keines der beiden Flugzeuge habe sich dem sowjetischen Hoheitsgebiet auf eine geringere Entfernung als 15 Seemeilen genähert und außerdem seien die Maschinen — beides Flugboote vom Typ „Catalina“ — unbewaffnet gewesen. Sie hätten sich auf der Suche nach einem schwedischen Flugzeug vom Typ DC-3 „Dakota“ befunden, das am 13. Juni über der Ostsee verschwand. Alle diese Angaben beruhten auf den Ergebnissen einer sorgfältigen Untersuchung.

Zuvor hatte das schwedische Verteidigungsministerium in einem Kommuniqué zugegeben, daß eines der Bergungsflugzeuge sowjetisches Gebiet überflogen habe, jedoch nicht am 16., wie von sowjetischer Seite behauptet wurde, sondern bereits am 13. Juni, demselben Tage, an dem das Transportflugzeug der schwedischen Luftflotte über der Ostsee als vermißt gemeldet wurde. Gleichzeitig wird betont, daß sämtliche an der Suche beteiligten Maschinen unbewaffnet waren.

Das schwedische Kabinett hielt wiederum eine außerordentliche Sitzung ab, in der beschlossen wurde, daß vor der Rückkehr des Außenministers Udenas aus Italien keine neue Demarchen unternommen werden. Udenas ist inzwischen von Rom nach Stockholm abgereist.

Nach Stockholmer Zeitungsmitteilungen hat die schwedische Küstenverteidigung volle Alarmbereitschaft zur Beobachtung des Luftraums über der Ostsee angeordnet. Die Luftstreitkräfte hätten Befehl erhalten, die Bergungsversuche bei Gotska Sandöen, wo das Wrack der am Freitag abgestürzten Dakota-Maschine vermutet wird, im bewaffneten Strelendienst zu sichern. In Kopenhagen wurde amtlich festgestellt, daß dänische Militärpiloten den Befehl zu schießen haben, wenn sie bei Flügen über der Ostsee oder anderen Gebieten angegriffen werden. Diese Anweisung des Verteidigungsministeriums sei aber bereits vor einiger Zeit ergangen.

USA entschuldigen sich bei den Sowjets

Amerikanisches Flugzeug wich vom Luftkorridor ab — Sperrgürtel geräumt

Berlin (UP). Der amerikanische Stadtkommandant von Berlin, General Matthewson, hat sich bei den sowjetischen Militärbehörden in Potsdam dafür entschuldigt, daß ein amerikanisches Flugzeug vom Typ C-47 am 21. Mai im Luftkorridor Berlin—Frankfurt über der Ostzone vom vorgeschriebenen Kurs abgekommen ist. Matthewson beantwortete damit schriftlich einen Protest des sowjetischen Stabschefs General Trusow vom 26. Mai und teilte mit, daß entsprechende disziplinarische Maßnahmen eingeleitet worden seien. General Trusow hatte in seinem Protest Maßnahmen zur Verhütung derartiger Vorfälle gefordert und die amerikanischen Behörden für eventuelle Konsequenzen verantwortlich gemacht.

Die Räumung des Sperrgürtels in der Ostzone entlang der Zonengrenze zwischen Ostsee und Elbe ist nach übereinstimmenden Aussagen von Flüchtlingen, die jetzt nur noch vereinzelt die Grenze überschreiten, abge-

schlossen. In den evakuierten Orten blieben nur einige „Aktivisten“ zurück. Auch das Vieh, das die Umsiedler zurücklassen mußten, ist noch nicht fortgetrieben.

Die Volkskammer der Ostzone trat in die Beratung ihres Staatshaushaltsplanes für 1952 ein. Der 31,8 Milliarden Ostmark Einnahmen und 31,74 Milliarden Ostmark Ausgaben vorsieht. In dem Text des Haushaltsgesetzes fehlen alle Angaben über das Aufkommen an Steuern in den Ländern und über die Ausgaben der einzelnen Ressorts der Regierungen. Nach einem Bericht der SPD, der in Bonn veröffentlicht wurde, führten die staatlichen HO-Läden in der Sowjetzone im vergangenen Jahr rund drei Milliarden Ostmark als Reinertrag an den Staatshaushalt ab. Im laufenden Jahr würden es wahrscheinlich 3,4 Milliarden sein.

Ingrid Bergman bekam Zwillinge

Rom (UP). Ingrid Bergman brachte am Mittwochabend Zwillingstöchter zur Welt, die nach Ansicht des Vaters Roberto Rossellini „beide wunderhübsch“ sind. Der Mutter und den Zwillingen geht es nach Mitteilung des behandelnden Arztes „ausgezeichnet“. Das erste Mädchen kam kurz nach 18.00 Uhr zur Welt und wog 3060 Gramm. Das zweite kam eine Stunde später an und wog etwa 1600 Gramm mehr. Beide haben das dunkle Haar des Vaters.

Anglo-Iranian stoppt Öltransport

Aden (UP). Die anglo-iranische Ölgesellschaft erreichte eine einstweilige gerichtliche Verfügung gegen den Transport von 1000 Tonnen iranischen Erdöls nach einem italienischen Hafen. Ein Gericht im britischen Protektorat Aden entschied, daß der unter der Flagge von Honduras fahrende Tanker „Rose Mary“, der mit dem Öl zur Zeit im Hafen von Aden liegt, seine Ladung einstweilen nicht an seinen Bestimmungsort bringen darf. Der Tanker fuhr im Auftrag einer italienischen Gesellschaft. Die Anglo-Iranian hatte geltend gemacht, daß der Verkauf des Öls durch die staatliche iranische Erdölkommission gegen ihre Rechte im Iran verstoße. Die britische Regierung hat der Anglo-Iranian ihre volle Unterstützung zugesagt.

Fäden von Belgrad nach Istanbul

Sozialisten verhaftungen in der Türkei Istanbul (UP). Der jugoslawische Botschafter in der Türkei, Radovanovic, gab in Istanbul bekannt, daß demnächst mehrere türkische Abgeordnete zu einem Besuch nach Jugoslawien eingeladen werden. Er sagte, die mögliche Gefahr einer Bedrohung des Friedens lasse die Zusammenarbeit der Völker Jugoslawiens mit der Türkei mehr als bisher ratsam erscheinen, da sich ein Konflikt nicht lokalisieren lassen werde.

14 führende Mitglieder der Sozialistischen Partei der Türkei wurden nach Durchsuchung einer Parteigeschäftsstelle und ihrer Wohnungen verhaftet. Die Behörden begründen diese Maßnahme damit, daß die Sozialisten auf Umsturz gerichtete Bestrebungen gezeigt und unterirdische Propaganda gegen die Beteiligung der Türkei am Koreakrieg getrieben hätten.

Die türkische Nationalversammlung beschloß, daß die weiblichen Angehörigen des ehemaligen osmanischen Herrscherhauses und Kinder aus den Ehen mit Männern, die dem Herrscherhaus nicht angehörten, in die Türkei zurückkehren dürfen. Die Regierung Kemal Atatürks hatte nach der türkischen Revolution 1923 sämtliche Angehörigen des Herrscherhauses des Landes verwiesen.

Amerikanische Hilfe für Indochina

Koje-Kommission soll gebildet werden Washington (UP). Außenminister Acheson teilte mit, daß die amerikanische Regierung nach den Besprechungen mit dem französischen Minister Letourneau entschlossen sei, Vietnam, Kambodscha und Laos für den Aufbau ihrer Streitkräfte in verstärktem Umfang Unterstützung zu gewähren, wenn der Kongreß die erforderlichen Mittel bewillige. Die kommunistische Aggression in Indochina sei stark vom kommunistischen China unterstützt worden. Aber die militärische Lage habe sich unter französischer Führung günstig entwickelt. Wie aus Paris verlautet, werden Vietnam, Laos und Kambodscha die Mitgliedschaft bei den UN beantragen.

Der amtierende Verteidigungsminister der USA, Foster, gab bekannt, daß die USA „gewisse Länder“ auf diplomatischem Wege gebeten hätten, Vertreter in eine Kommission zu entsenden, die die Gefangenenerlöser auf der koreanischen Insel Koje besichtigen soll. Es ist anzunehmen, daß die amerikanischen Einladungen außer an die Schweiz, wo die Teilnahme bereits erörtert wird, auch an Schweden, Indien, Pakistan und Indonesien ergangen sind.

Fristlos entlassen wurde ohne Angabe von Gründen der Vizepräsident des britischen Landesentschuldigungsamtes, Heinrich Pfüger. Es wurde betont, daß Pfüger nicht in den Fall Auerbach verwickelt sei.

Bundespräsident Heuss empfing den iranischen Botschafter, Subimal Dutt, den iranischen Gesandten Esfandiari und den norwegischen Gesandten Bryn zur Entgegennahme der Beglaubigungsschreiben.

König Ibn Saud erfreue sich bester Gesundheit, gab die saudi-arabische Gesandtschaft in Belgrad bekannt. Von anderer Seite war vor kurzem das Gegenteil behauptet worden.

Der Ratifizierung des Protokolls über die Ausdehnung der NATO-Garantien auf die deutsche Bundesrepublik stimmte die kanadische Abgeordnetenkammer zu.

Vor ein Militärgericht gestellt werden die elf von Staatspräsident Syngman Rhee verhafteten südkoreanischen Abgeordneten. Die Anklage wirft ihnen eine Verschwörung mit den Kommunisten vor.

Donnerstag, den 19. Juni 1952

Aus der Stadt Etlingen

Donnerwetter — Donnerwetter —

Natürlich kann man ruhig vom Wetter reden, wenn einem nichts Besseres einfällt. Schon die alten Germanen unterhielten sich darüber, wenn sie auf der Bärenhaut lagen und gerade keinen anderen Gesprächsstoff hatten. Sie donnerwetterten über das Donnerwetter, das ihnen den Jagdausflug verpatzte, nahmen aber den Zorn Thors als Bestimmung, wenn sich die dunklen Wetterwolken am Himmel ballten, aus denen eine Götterhand Blitze schiederte, und dumpfer Donner die Erde erbeben ließ. Später wurden die Götter — sie waren inzwischen zu Engeln avanciert — vernünftlicher und beschäftigten sich in ihren Mußestunden mit unterhaltendem Kegelspiel. So wenigstens erzählte die Großmutter.

Als wir dann älter waren und zur Schule gingen, kamen illusionäre Weisheiten und die Frage, warum es donnert, fand eine natürlichere Erklärung. Der Blitz reiht die Wolken auseinander, der Sturm klappert sie wieder zusammen und hierdurch entsteht das rollende Geräusch. Ganz einfach, nicht wahr? Aber wiederum ein paar Jahre später wußten wir, daß der Blitz ein elektrischer Funke ist. Und wo drei Funken fliegen, sei es am Himmel oder beim Berühren unter Strom stehender Kabel, da knallt es eben.

Wie aber kommt es, daß aus einem einzigen lauten Knall ein ausgedehnter rollender Donner entsteht, wenn wir das Geräusch aus der Entfernung hören? Zunächst ist der Blitz nicht ein einzelner Funke, die Beobachtung am nächtlichen Himmel belehrt uns, daß er aus verschiedenen Abzweigungen besteht, die wie ein Wurzelgeflecht aussehen. Sie knallen ebenfalls, die Schläge fließen zusammen und erreichen unser Ohr auf Grund der verschiedenen Entfernungen nacheinander, so zu einem Donner werdend. Hinzu kommt ein weiterer Grund. Bei einem Gewitter ist die Schichtung der Luft sehr stark und unregelmäßig. Der Knall bricht sich an den verschiedenen Grenzen, wodurch längere und kürzere Laufzeiten entstehen, die in ein Poltern und Rollen ausklingen.

Es geht also alles recht natürlich zu da oben am Himmel, wenn es donnert und grölt. Eigentlich schade. Die Mär von den Engeln mit den Kegeln und was noch zu nett — immer illusionärer wird die Zeit. Zum Donnerwetter!

26 Wehren nehmen teil

Am Sonntag begeht die Etlinger Feuerwehr das Jubiläum ihres 105jährigen Bestehens. Die Etlinger Zeitung gibt in ihrer nächsten Ausgabe eine ausführliche historische Darstellung über die Etlinger Freiwillige Feuerwehr seit ihrer Gründung.

An den Feierlichkeiten beteiligen sich 26 Wehren. Die Etlinger Wehr wird am Sonntag um 14 Uhr vom Spritzenhaus aus durch die Kronen-, Leopold-, Schöllbronner, Luisenstraße zum Walthaldenpark marschieren. An dem Zug, der vom Spielmannszug der Etlinger Freiwilligen Feuerwehr und von der Feuerwehrkapelle Malsch begleitet wird, nehmen sämtliche aktiven Wehrkameraden, die Kameraden, die nicht für den Einsatz eingeteilt sind und die Altersmannschaften teil. Für gehbehinderte Altersmannschaften steht ein Fahrzeug zur Verfügung.

Im Walthaldenpark gibt die Malscher Wehr ein Parkkonzert. Die drei Etlinger Gesangsvereine wirken bei der Ausgestaltung des Programms mit. Neben anderen Unterhaltungen spielt der Etlinger Musikverein ab 20 Uhr zum Tanz auf. Bei schlechtem Wetter wird die Veranstaltung in der Stadthalle abgehalten.

Fahnen und Transparente

wurden an den Stadtteilingängen von Etlingen aufgestellt, um auf die Jubiläumsfeier des Gesangsvereins „Liedertafel“ anlässlich des 110jährigen Bestehens am 28. Juni hinzuweisen. Höhepunkt des Festes ist die Aufführung der „Jahreszeiten“ von Haydn im illuminierten Schloßhof.

Die Weber-Belegschaft auf Schwarzwaldfahrt

Die Betriebsleitung der Firma Anton Weber, Herd- und Backofenfabrik, welche im vorigen Jahr ihr 60jähriges Jubiläum feiern konnte, hatte am Freitag vergangener Woche ihre Belegschaft mit Angehörigen zu einer Fahrt in den Schwarzwald eingeladen. Etwa 180 Teilnehmer fuhren in fröhlicher Stimmung in vier Omnibussen in den herrlichen Sommermorgen. Die Fahrt ging über das Albtal, Neuenburg nach Wildbad, wo in einer ersten Pause die Kuranlagen und die schönen Ernteanlagen besichtigt wurden. Weiter das Enzthal hoch über Besenfeld führte die Fahrt nach Erzgrube in einen stillen Schwarzwaldtal, wo das Mittagessen eingenommen wurde. Am Nachmittag ging es weiter über Baisersbrunn, Oberal nach Ruhstein. Hier gab es eine längere Pause, um den Teilnehmern Gelegenheit zu geben, in einem kleinen Fußmarsch den Wildsee in romantischer Umgebung zu besichtigen. Viele der Teilnehmer haben bei dieser Gelegenheit zum ersten Mal einen größeren Teil unseres herrlichen Schwarzwaldes kennen gelernt und waren begeistert über die herrlichen Landschaftsbilder, die der Schwarzwald bietet. In langsamer Fahrt über die Schwarzwalddachhochstraße ging es dann nach Baden-Baden. Leider beeinträchtigte ein Regen die beabsichtigte Besichtigung Baden-Badens, so daß beschleunigt die Omnibusse wieder aufgesucht werden mußten.

Im Ochsen in Kuppenheim, der zu unserem Empfang alles sehr schön eingerichtet hatte, erfolgte dann der Ausklang mit einem Abendessen und gemütlichen Beisammensitzen. Der Betriebsführer, Dipl.-Ing. Fritz Weber, wies in einer kurzen Ansprache auf die Bedeutung solcher Veranstaltungen für das Gefühl der Zusammengehörigkeit im Betrieb hin. Er glaubte zusagen zu können, daß solche Be-

Was meinen Sie dazu?

Milch soll wieder ins Haus gebracht werden

Um Trinkmilchverbrauch zu steigern, wird von vielen Kreisen neben einer Verbesserung des Fettgehaltes der Milch gefordert, daß der Milchhandel die Trinkmilch wieder wie in früheren Zeiten dem Verbraucher ins Haus liefern solle. Diesem Wunsch hat sich nun auch die DVP-Fraktion des Stadtrats von Pforzheim angeschlossen, die in einem Schreiben an den Oberbürgermeister der Stadt u. a. ausführt:

„Aus Kreisen der Pforzheimer Hausfrauen wird seit längerer Zeit sehr darüber geklagt, daß in Pforzheim die Milch noch nicht wieder durch die Milchhändler ausgetragen wird, wie dies vor dem Krieg in unserer Stadt allgemein der Fall war und auch heute wieder in anderen Städten, z. B. Mühlacker, geschieht. Das Austragen der Milch würde einmal den Hausfrauen wesentliche Erleichterung bringen und zum anderen zur Erhöhung

des Milchkonsums beitragen, woran nicht nur die gesamte Landwirtschaft, sondern auch der Milchhof sehr interessiert ist. So viel wir wissen, ist eine große Anzahl von Milchhändlern zum Austragen der Milch bereit.“

Das Schreiben schließt mit der Forderung, die Stadtverwaltung möchte ihren ganzen Einfluß daran setzen, daß die Milch in Pforzheim bald wieder ausgetragen wird. Die Landwirtschaft sowohl als auch die Molkereigenossenschaften unterstützen diesen Wunsch, besonders im Interesse der Hausfrauen, denen vornehmlich in den Großstädten die oft mühselige Herbeiführung der Trinkmilch nicht länger zugemutet werden kann.

Wir bitten unsere Leser um Meinungsäußerungen zu dieser Anregung, die in der EZ schon im vergangenen Jahr zum Ausdruck kam.

Der Sonntagsbummler auf Fahrt

Mit der Bundesbahn an den Bodensee

Am vergangenen Sonntag startete die Eisenbahndirektion Karlsruhe mit einem Gesellschaftsbesonderzug eine Fahrt an den Bodensee, an der sich etwa 500 Sonntagsbummler beteiligten. Punkt 1/2 Uhr verließ der Zug den Karlsruher Hauptbahnhof. Von herrlichem Wetter begünstigt ging die Fahrt über Etlingen, Rastatt, Baden-Oos, Bühl, Achern, Offenburg durch den schönen Schwarzwald. Auf den größeren Unterwegsstationen hatten sich jeweils Bummler eingefunden, um die herrliche Fahrt an den Bodensee mitmachen zu können. Während der ganzen Schwarzwaldfahrt wurden wir über die Lautsprecheranlage vom Reiseleiter durch Erklärungen der einzelnen Sehenswürdigkeiten unterrichtet. Zwischendurch gab es dann Musikunterhaltung. Dem Sonderzug waren auch zwei Tanzwagen beigegeben. So konnte man während der Fahrt dem Tanze huldigen. Auch die Mitropa hatte ihren Stand in einem der Tanzwagen aufgeschlagen und sorgte somit für das leibliche Wohl. Nach Ankunft in Konstanz, die gegen 11 Uhr erfolgte, begab man sich in die Stadt oder machte am Ufer entlang einen Spaziergang. Nach Einnehmen des Mittagessens ging man zum Hafen, wo das von der Eisenbahndirektion Karlsruhe gemietete Motor-Sonderschiff „Allgäu“ bereitstand. Kurz nach 14 Uhr erfolgte die Fahrt zuerst nach der Insel Mainau, die sich mit einem wunderbaren Blumengarten präsentierte. Jeder Dampfer, der hier anlegte, brachte eine große Anzahl Besucher, so daß es nur so wimmelte. Nach etwa 1 1/2 stündigen Aufenthalt startete man zur Rundfahrt an Überlingen, den Pfahlbauten von Unteruhldingen und an Meersburg vorbei und nach einer großen Schleife im Obersee am Schweizer Ufer entlang nach Konstanz, welches wir wieder gegen 17 Uhr erreichten. Punkt 19.04 Uhr verließ der Sonderzug die Bodensee-

metropole Konstanz. Nach fünfstündiger Fahrt traf man zu später Mitternachtstunde in der Heimat wieder ein. Mit dem Bewußtsein, eine schöne Fahrt erlebt zu haben, trennte man sich. Für die herrliche Fahrt sei auch der Bundesbahn herzlichen Dank gesagt.

Auch die Fahrt des Sonntagsbummlers nach Griesbach und Peterstal ist in allen Teilen zur Zufriedenheit der Sonntagsbummler gut verlaufen.

Zum Sommeranfang mit dem Tanzzug ins Blaue

In Fortsetzung des Sonderzugsprogramms der Eisenbahndirektion Karlsruhe wird vom Eisenbahnverkehrsamt Offenburg ein Verwaltungssonderzug am Sonntag, den 22. Juni, durchgeführt. Die Fahrt geht irgendwohin ins Blaue. Es wird hierbei der so beliebt gewordene Gesellschaftszug der Eisenbahndirektion Karlsruhe mit Tanzwagen, Lautsprecherübertragung und Wirtschaftsbetrieb zur Verfügung stehen.

Mit dem „Fideien Sonntagsbummler“ nach Wildbad

Am kommenden Sonntag startet der „Fidele Sonntagsbummler“ nach Wildbad. Das Programm sieht entweder einen Tagesaufenthalt in der berühmten Bäderstadt vor mit Kurkonzerten, Kurpromenaden, Bäderbesichtigungen oder reizvolle Spaziergänge und Wanderungen zum Wildsee-Hochmoor (Naturschutzgebiet). Weitere Vorschläge werden im Zug bekanntgegeben. Wanderführer stehen bereit. Die Sonderzugsgäste erhalten verbilligten Eintritt zu den Kurkonzerten sowie Fahrpreismäßigung auf der Bergbahn (Sommerberg). Abfahrt in Karlsruhe Hbf 8.10 Uhr, Rückkunft nach Karlsruhe Hbf 19.41 Uhr. Der Fahrpreis beträgt ab Karlsruhe Hbf 3,40 DM.

tags, von 10 bis 17 Uhr, sonntags von 11 bis 13 Uhr.

Die Meinung des Lesers:

Was in der Stadt auffällt

Es ist merkwürdig, daß man die vielen Plakate, die noch von den Wahlen her an den Häusern, Mauern und Zäunen kleben, nicht entfernen kann. Das Stadtbild wird bestimmt dadurch nicht verschönt, die Hausbesitzer dürften aber auch auf das äußere, saubere Bild ihres Anwesens mehr bedacht sein. — Der zunehmende Verkehr beansprucht naturgemäß mehr und mehr unsere Straßen. Es läßt sich bei geteerten Straßen nicht vermeiden, daß Schlaglöcher entstehen. Wenn sie aber so groß sind, daß sie eine Gefahr bedeuten, wäre eine Ausbesserung von Zeit zu Zeit bestimmt angebracht. Die Sicherheit des kleinen Straßenbenutzers wie des Rad- und Kraftfahrers sollte unbedingt gewährleistet sein. — Das achtlose Wegwerfen von Abfällen wie Papier, Bananenschalen, Kirschensteine usw. ist nicht nur unangebracht, es entstehen dadurch auch Gefahrenquellen. Was man nicht wünscht, das man dir tut, das füt auch keinem andern zu! — Die Kronenstraße ist durch die Kanalisation alles andere als gut befahrbar. Wenigstens die durch die Auffüllung entstandenen Schlaglöcher sollten entfernt werden, angefangen von der Rathausbrücke. Der Übergangszustand wird ja auch einmal wieder aufhören! — Ein Radfahrweg wie der auf der Karlsruher Straße sollte soviel instand gehalten werden, daß man ihn auch ruhig benutzen kann. Ein Fahren auf der Straße ist ohnehin unmöglich. Selbst wenn irgendwo aufgefüllt wird wie beim Seehof, sollte die Instandhaltung im Interesse der Verkehrsteilnehmer gesichert sein.

Wir gratulieren

Frau Rosa Messing Wwe, Pforzheimer Straße 31, vollendet heute ihr 80. Lebensjahr.

Vereine berichten

MGV „Liedertafel“ Etlingen. Die für Donnerstag, 19. und Freitag, 20. Juni, festgelegten gemeinsamen Proben mit Orchester und Solisten finden pünktlich ab 20 Uhr in der Stadthalle Etlingen statt. Es ist eine selbstverständliche Ehrenpflicht aller Mitglieder des gemischen Chores, daß ein Versäumnis dieser Proben unter allen Umständen vermieden wird.

Arbeitergesangsverein „Eintracht“. Da der Verein noch in diesem und im anderen Monat einige Verpflichtungen übernommen hat, wer-

den die Sänger um pünktliches und vollzähliges Erscheinen in der heute abend 20 Uhr stattfindenden Singstunde gebeten.

Kolpingfamilie. Das für diesen Donnerstag geplante Treffen des Kreises junger Familien findet mit Rücksicht auf die Vorbereitung des Herz-Jesu-Festes erst in der kommenden Woche am Donnerstag, 26. Juni, 20.30 Uhr im „Rebstock“ statt. — Die Wochenversammlungen der Gruppe Kolping sind ab sofort wieder jeden Montag im „Rebstock“.

Gewerkschaft Bau-Stein-Erde. Am Freitag, 20. Juni, findet um 20 Uhr im Gasthaus zum „Stern“ eine Versammlung statt, zu der alle Bauarbeiter eingeladen sind.

Sonnenwende der Naturfreunde

Auch in diesem Jahr wird wie alljährlich am 21. Juni die Sonnenwende durch den Touristenverein „Die Naturfreunde“ festlich begangen. Am kommenden Samstagabend 20.30 Uhr versammeln sich die Mitglieder und Freunde der Naturfreunde am Gasthaus zum „Hirsch“, um gemeinsam mit Lampons zur Bismarckesäule zu wandern. In einem reichhaltigen Programm spricht Pastor Oberhoff von Bremen zu den Anwesenden. Am Schluß der Feier wird ein Holzstoß entzündet, über dessen Flammen die Naturfreundejugend mit Feuersprüchen springen wird. Zu dieser Veranstaltung ist die gesamte Einwohnerschaft von Etlingen freundlich eingeladen.

Ortsgruppe Etlingen

Der bei der Mitgliederversammlung in der „Krone“ vorgeschlagene und angenommene Hinterbliebenen-Nachmittagsausflug läßt sich aus technischen Gründen erst Anfang September durchführen. Wir wollen eine Fahrt ins Blaue machen, so daß sich die Teilnehmerinnen darauf freuen können und heute schon einige Mark dafür sparen. — Am Samstag halten wir im Schloß unsere Sprechstunde von 14 bis 17 Uhr ab, für die Sozialrentner wird von 16 Uhr ab Kam. Neff zur Verfügung stehen. — Nach den Erfahrungen einer sog. Kreis-Konferenz der Gemeinschaft für den Frieden am vergangenen Sonntag im „Engel“ hat sich der Gesamtvorstand einstimmig entschlossen, unsere mündlich abgegebene Zusage bei dieser Friedensgemeinschaft zurückzunehmen und den VdK fortan bei jeglicher Werbung aus dem Spiel zu lassen. Die bei der Mitgliederversammlung in der „Krone“ erfolgte Bekanntgabe ist also gegenstandslos. Die Worte in der AZ sind darauf allerdings nicht zurückzuführen. H. S.

Bezirks-Obst- und Gartenbauverein „Albga“

Kommenden Sonntag, 22. Juni, 13.30 Uhr, findet in Langensteinbach in der Festhalle beim Bahnhof eine Bezirksversammlung statt. Zugabfahrt: Etlingen-Stadt 12.55 Uhr. Rückfahrt Langensteinbach 19.31 oder 20.20 Uhr. Tagesordnung:

- 1. Begrüßung durch den örtlichen Vorstand Gebhardt.
2. Begrüßung durch Bezirksvorstand Link.
3. Begrüßung durch den Herrn Bürgermeister Schwan. Bürgermeister Schwan ist 1. Vorsitzender des Verkehrsvereins Langensteinbach. Er wird den Tagungsteilnehmern in einem kurzen Abriss die Entwicklung von Langensteinbach schildern.
4. Vortrag von Dipl.-Obstbauinspektor Groß über das Thema „Der Obstbau im landwirtschaftlichen Betrieb“.
5. Besichtigung des Beispielsgartens und des Schwimmbades.

Der große Tag der Hundefreunde



rückt immer näher. Auf obigem Bilde setzt „Asko“ (Besitzer Otto Pioth, Etlingen) im eleganten Sprung über und durch ein Hindernis. Man sieht es Herr und Hund an, wie sehr sie mit Freude und Eifer bei der Arbeit sind. Mit diesem Elan und Tempo wird sich am Sonntag, 22. Juni auf dem Dressurplatz des „Vereins der Hundefreunde“ ein Programm abwickeln, das seine Zuschauer in Bann und Atem halten wird. Darum ergeht noch einmal die herzliche Einladung: Wer sich für den besten Freund des Menschen, den Hund, interessiert, der komme am Sonntag zu den Hundefreunden! Beginn der Vorführungen um 14 Uhr auf der Wackerschen Bleiche, Haltestelle Etlingen-Waldkolonie.

Im Schaufenster der Firma Pioth, Ecke Pforzheimer und Augustastraße sind zur Zeit Preise ausgestellt, die nächsten Sonntag am Schießstand auf dem Dressurgelände zu gewinnen sind.

Foto: E. O. Drücke

800-Jahrfeier der Gemeinde Bruchhausen

Bruchhausen. Wenn heute schon die Gemeindeverwaltung und mit ihr der beauftragte Personalkreis des Festausschusses an die Bürger der Gemeinde herantritt, so geschieht dies nicht grundlos. Schon lange ist es nicht mehr unbekannt, daß die Gemeinde Bruchhausen ihr 800jähriges Bestehen zum Anlaß nimmt, dies am 26. und 27. Juli festlich zu begehen. Unserem Heimatdorf, dem ungezählte Vorfahren die Treue hielten, unserem ländlichen Heimatboden, mit dem wir uns doch alle verwurzelt und verwachsen fühlen, auf dem einst unsere Wiege stand und wir eine schöne Kinder- und Jugendzeit verbrachten, dieser Heimat sind wir heimatverbundene Menschen doch alle einen gewissen Dank schuldig. Diesen Dank können Bürger und Einwohner unseres Heimatortes am 800jährigen Gründungstage der Gemeinde Bruchhausen am besten zum Ausdruck bringen und ihre Heimatliebe unter Beweis stellen, indem alle mithelfen, diesem für unsere Generation einmaligen Fest einen wirklich feierlichen Rahmen zu geben.

Das Schmücken des Dorfes ist insofern günstig, weil der hiesige Musikverein sein 40jähriges Stiftungsfest drei Wochen vorher feiert. Mit ein wenig Umsicht und Vorsicht läßt sich der hierzu aufzuwendende Festschmuck nochmals verwenden. Zur Mitwirkung am Festzug sind alle Bürgerinnen und Bürger, alt und jung, aufgerufen, denn der Festzug ist der eigentliche Mittelpunkt des ganzen Festes. Der Festzug soll zusammenfassend die 800jährige Gemeindegeschichte, auch die Entwicklung des ortsbunden Handwerks, das kulturelle Schaffen der Gemeinde anschaulich veranschaulichen. Dazu sollen alle Einfallbegabten, ganz ungeachtet der Vereinszugehörigkeit, tatkräftig mitwirken. Über die Kostümierung historischer Gruppen und Darstellungen sonstiger Art kann näheres während der üblichen Sprechstunden im Rathaus erfahren werden. Auch für Anregungen und Vorschläge ist der Festausschuß dankbar.

Sportfest des Fußballclubs Busenbach

Busenbach. Einen schönen und würdigen Verlauf nahm das diesjährige Sportfest des Fußballclubs, der damit die diesjährigen Vereinsfestlichkeiten einleitete. Da auch das sommerlich warme Wetter anhielt, waren alle Voraussetzungen für einen glanzvollen Verlauf des Sportfestes gegeben. Daß bei diesem Fest die Fußballwettkämpfe den größten Teil des sportlichen Programmes einnahmen, versteht sich am Rande. Auch darf festgestellt werden, daß durchweg guter Sport, insbesondere guter Fußball gezeigt wurde. Sämtliche Fußballspiele, an denen Mannschaften des festgebenden Vereins beteiligt waren, wurden von diesen gewonnen, mit Ausnahme des AH-Spiels gegen Spinnerrei am Samstagabend, wo der TuSpV. Spinnerrei den Busenbacher alten Knöpfen eine durch junge Kräfte verstärkte Elf entgegenstellte. Man sollte für ein solches Alt-Herren-Spiel auch wirklich alte Herren und keine noch im Vollbesitz ihrer körperlichen Kräfte befindlichen Leute nehmen; unter 45 Jahren mal nicht.

Am Eröffnungstage traten sich drei Mannschaften des Nachbarvereins Reichenbach und des FC. gegenüber. Die Spiele endeten: I. Mannschaften 2:1 für den Platzverein, II. Mannschaften 3:2 für die Platzelf und die Jugend trennte sich ebenfalls 2:0 für Busenb. Das AH-Spiel Spinnerrei—Busenbach sah die verjüngte Mannschaft der Spinnerrei mit 3:0 als Sieger. Am Sonntag wurden die Fußballwettkämpfe fortgesetzt. Spinnerrei I gegen Busenbach II endete 2:6 für die Platzelf. Im Hauptspiel standen sich der Meister der Kreisklasse A Staffel II Malsch gegen die erste Garnitur des Platzvereins gegenüber. Nach einer technischen Überlegenheit der Meisterelf in der ersten Hälfte, in der dem FC. überraschend sogar der Führungstreffer gelang, zeigte die Platzelf in der zweiten Hälfte die bessere Leistungen und konnte nach einem 1:1 Halbzeitergebnis das Spiel mit 3:1 Toren gewinnen. Busenbach Jugend gegen Spinnerrei Jugend waren die Jungen des FC. nach anfänglich miserablen Leistungen zuletzt mit 4:3 Toren siegreich. In einem Schülerspiel kämpften die Jungen des Oberdorfs gegen die des Unterdorfs um den Sieg. Mit 4:1 Toren blieben die körperlich stärkeren Buben des Oberdorfs gegen ihre Rivalen aus der unteren Hälfte überlegener Sieger.

Eine besondere Neuheit in dem sportlichen Programm des Sportfestes war die Austragung eines Vereinsturniers der Busenbacher Vereine. Die Leitung des FC. hatte hiermit einen guten Instinkt für Realitäten gezeigt. Neben guten spielerischen Leistungen dieser zum Teil dem Fußball als völlige Laien gegenüberstehenden Akteure fanden diese Turnierspiele ein starkes Interesse, sowohl der Spieler als auch der jeweiligen Anhänger. Die Vereinsturniere wurden wach und zum Teil mit frenetischem Beifall oder auch Mißfallen quittiert. Besonders das Treffen zwischen Musikverein und Kolping ging unter stürmischer Beteiligung der Anhänger und unter manchmal weniger notwendigen körperlichen Ein-

satz einzelner Spieler vor sich. Nach einem Unentschieden in der regulären Spielzeit gelang den Kolpingssöhnen in der Verlängerung der siebringende Treffer und damit der Eintritt ins Endspiel mit der Feuerwehr. Dieses Treffen, in dem die Wogen der Vereinbegeisterung nochmals hochgingen, konnte die Feuerwehr unter dem Beifall ihrer Anhänger mit 1:0 Toren gewinnen und wurde damit 1. Turniersieger.

Mit dem Fußballspielen gingen die Vereinswettkämpfe in der Leichtathletik parallel. Jugend-, Schüler- und Seniorenmannschaften kämpften um die Punkte. Die Ergebnisse im einzelnen: Schüler 6. Kl.: 1. Jürgen Ochs 1921 Punkte, 2. Heinz Müller 1831 P., 3. Klaus Vogel 1714 P.; Schüler 7. Kl.: 1. Werner Eble 1929 P., 2. Dieter Vogel 1785 P., 3. Horst Vogel 1754 P.; Schüler 8. Kl.: 1. Josef Meister 2404 P., 2. Siegfried Markgraf 2340 P., 3. Bernhard Vogel 2196 P., 4. Manfred Markgraf 2076 P.; Jugend: 1. Gerhard Schwab 2101 P., 2. Josef Karl 1995 P., 3. Alex Bugger 1765 P.; Senioren: 1. Norbert Weckmann 2196 P., 2. Rudi Anderer 2091 P., 3. Manfred Daum 1937 P. Ein Fußballspiel Kath. Pfarrjugend gegen Handharmonika-Spielzug, das eine wahre Volksbegeisterung bildete, die Hauptfigur gab der Klubtorwart, konnte die Pfarrjugend überlegen mit 5:0 Toren gewinnen, womit das Sportfest seinen offiziellen Abschluß fand. e.

Wochenbericht aus Etzenrot

Etzenrot. Die Einwohnerschaft hatte ihre große Woche vom 9. bis 16. Juni. Es begann mit dem Heuen, das so ziemlich die ganze Woche über andauerte. Dienstags kam Landrat Groß mit seinem Stab zur Ortsbesichtigung. Am Donnerstag prangte das Dorf im schönsten Fronleichnamsschmuck. Und schließlich hielt die Kirchengemeinde ihren Glockenbazar am Wochenende.

Doch die Etzenroter zersplitterten nicht ihre Kräfte, wie es manchmal bei der Durchführung verschiedener Aufgaben zur gleicher Zeit geschehen kann. Man ging gemeinsam, ruhig aber gründlich an die Arbeit, so daß alle gesteckten Ziele erreicht wurden. Es begann also mit dem Heuen, besser gesagt mit dem Aufräumen der Heuarbeit, denn verschiedene Wiesen, sogar ganze Geländestreifen waren frühzeitig abgemäht worden infolge des sprunghaften Frühlingwetters. Nun brachte man das noch austehende Gras glücklich unter Dach. Im großen ganzen gesehen fiel die Heuernte nicht schlecht aus.

Am Dienstag in der Früh empfingen die Gemeindeverwaltung und ihre Mitarbeiter den Landrat, der, umgeben von Sachverständigen, die Ortschaft gründlich unter die Lupe nahm. Es wurden manche Mängel besprochen und gleich die Abhilfe beraten. Es wurde aber auch viel gelobt und anerkannt. Also fiel die Besichtigung zur allgemeinen Zufriedenheit gut aus.

Am Donnerstag begann mit dem Sonnenaufgang ein freudiges Hasten in der Ortschaft. Der „Blumentepich“ wurde kunstgerecht angelegt und die Häuser zierlich und geschmackvoll verschönt. Nach dem Gottesdienst fand sich die ganze Gemeinde zur feierlichen Prozession zusammen. Singend und betend ging es von Altar zu Altar durch die gesamte Ortschaft.

Wirtschaft in Kürze

Zwischen den Schrotvertragsgebern und den Hüttenwerken kam ein Vertrag zustande, in dem der Schrotterpreis auf 170 DM gegen bisher 184 DM je Tonne festgesetzt wurde.

Änderungen in der Investitionshilfe

Das Kuratorium für die Investitionshilfe hat einen Vorschlag des Gemeinschaftsausschusses der deutschen gewerblichen Wirtschaft entsprechend den auf den Juli 1952 angesetzten Zahlungstermin für die zweite Rate der Investitionshilfe auf den 23. Juli verschoben. Das Kuratorium will sich ferner dafür einsetzen, daß der für den 2. September vorgesehene dritte Zahlungstermin auf den 24. November verschoben wird. Der vierte und letzte Zahlungstermin soll auf Ende März 1953 verlegt werden. In der Zinstrage vertritt das Kuratorium einstimmig die Auffassung, daß im Falle der Ablehnung einer Stundung Zinsen vom Fälligkeitstage an gezahlt werden müssen.

Die Parteien der Regierungskoalition haben einen Gesetzentwurf zur Änderung des Investitionshilfegesetzes eingebracht, der bereits in der Mittwochsitzung des Bundestages behandelt werden soll. Danach soll die bisherige Bestimmung, nach der die Aufbringungsbeträge von dem der Zahlung folgenden Monat an bis zur Zuteilung der Wertpapiere mit 4 Prozent jährlich verzinst werden, dahin ergänzt werden, daß der Zinssatz mit Beginn des folgenden Monats auf fünf Prozent erhöht wird, wenn die Zuteilung der Wertpapiere nicht innerhalb von 18 Monaten nach voller Zahlung der Aufbringungsschuld erfolgt. Die aufgelaufenen Zinsen sollen nicht der Einkommen- und Körperschaftsteuer unterliegen.

Erhard für baldige Steuerreform

Wirtschaftliche Auswirkung des Wehrbeitrags

Vor der Frankfurter Industrie- und Handelskammer wies Bundeswirtschaftsminister Erhard auf die Notwendigkeit einer baldigen Steuerreform hin. Im Gegensatz zu den Nachbarländern werde in der Bundesrepublik eine Steuerpolitik betrieben, die nicht zur Kapitalschaffung, sondern in gewisser Beziehung sogar zur Kapitalvernichtung führe. Es sei notwendig, insbesondere auf dem Gebiet der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten, wenigstens noch einen schmalen Anreiz für größere wirtschaftliche Anstrengungen zu schaffen. Der Staat werde dabei letzten Endes doch nur gewinnen.

Erhard kündigte an, er werde mit aller Entschlossenheit für die Aufhebung aller noch bestehenden marktwirtschaftlichen Bindungen eintreten. Inzwischen seien Schritte eingeleitet worden, um die bestehenden Bindungen auf dem Eisen- und Stahlsektor aufzuheben. Außerdem werde er nicht eher ruhen, bis die Fesseln des Kapitalmarktes gelöst seien. Man müsse für festverzinsliche Wertpapiere wieder eine Verzinsung schaffen, die auch gerecht sei. Es sei daran gedacht, die Doppelbesteuerung der Aktien so weit wie möglich einzuschränken.

Die Bedenken, daß die Lebenshaltung des deutschen Volkes durch den Verteidigungsbeitrag geschmälert und die Stabilität der deutschen Währung gefährdet werde, wies der Minister zurück. Es sei auch nicht zu befürchten, daß der deutsche Export durch Aufträge im Rahmen des Verteidigungsbeitrages beeinträchtigt werde. Die entstehenden Belastungen könnten durch eine Erhöhung der Produktion gedeckt werden. Erhard wandte sich schließlich gegen jede Kartellbildung und erklärte, er werde notfalls auch trotz des Widerstandes der Unternehmensführung gegen das Kartellwesen eintreten.

Pfaffenrot erhält ein Wahrzeichen

Bis zum Herbst Gottesdienst in der neuen Kirche

Pfaffenrot. Schon seit dem Wegräumen des Festschmucks vom Fronleichnamstag herrscht in unserem Dorfe eifrige Vorarbeit auf dem Kirchplatz. Der Turm der neuen Kirche geht seiner Vollendung entgegen. Bis zum Samstag soll auf seiner Spitze die Kugel prangen, auf die das Kreuz gesetzt wird. Die gesamte Einwohnerschaft des Dorfes ist aufgerufen, für die letzten Arbeiten mit Hand anzulegen, nachdem zum Stolz des Dorfes die ganze Pfaffenroter Dorfkirche mit eigenen Händen erbaut worden ist. Am Samstag sind alle Läden des Dorfes ab 16 Uhr geschlossen. Dann zieht Musik durch das Dorf, um das Kreuz bei Schmid Benz abzuholen. Um 17 Uhr ist die feierliche Einweihung der Glocken. Außer dem Kirchenchor beteiligt sich auch der Gesangsverein und der Musikverein „Edel-

weiß“ an der festlichen Gestaltung. Es soll ein großes Fest geben, mit allem was dazu gehört, Kaffee und Kuchen und andere Leckerbissen werden schon überall bereitgestellt. Man rechnet wiederum mit einem starken Zustrom von Gästen aus der Umgebung. Bis zum Herbst soll die Kirche zum Gottesdienst eingeweiht werden. Als Kirchweihtermin wird der Sonntag, 7. September, genannt. Auch unser Dorf, dem bislang der charakteristische Kirchturm fehlte, wird dann sein weithin sichtbares Merkmal haben.

Die Pfaffenroter Schule trennt sich dieser Tage schweren Herzens von Fräulein Bodler, die sich während der Zeit ihrer Tätigkeit mit ihrem munteren Wesen und fröhlichem Verständnis für die Jugend viel Freundschaft erworben hatte. Die Schulkinder trauern ihr alle nach. Alle Kollegen und auch die Eltern der Kinder wünschen ihr Glück an ihrem neuen Platz in Karlsruhe. Als Nachfolgerin begrüßen wir Fräulein Möser.

Von seiten der Gemeindeverwaltung wird hingewiesen auf die fällige zweite Hälfte der Gebäudeversicherungsumlage und auf die Bezahlung der Hundesteuer.

| | |
|-----------------------------|---------------------|
| Rheinwasserstand am 18. 6.: | Konstanz 408 (+4) |
| | Rheinfelden (-) |
| | Breisach 248 (-10) |
| | Strasbourg 330 (+5) |
| | Maxau 485 (+22) |
| | Mannheim 331 (+4) |
| | Caub 225 (+1) |



Donnerstag wechselnd bewölkt und noch einzelne Schauer, bei mäßigen, auf West drehenden Winden. Kühler als bisher. Höchsttemperaturen nicht mehr über 20 Grad. Freitag zum Teil aufheiternd, ziemlich niederschlagsfrei und nur mäßig warm.

Barometerstand: Veränderlich-schön.
Thermometersand (heute früh 8 Uhr): +10°

ETTLINGER ZEITUNG

Südd. Heimatzeitung für den Albgau. Verantwortlicher Herausgeber: A. Graf. — Druck und Anzeigenannahme: A. Graf, Ettligen, Schöllbronner Straße 5, Tel. 37 487

Anzeigen-Annahme für Karlsruhe: Annoncen-Kreis oHG, Karlsruhe, Waldstr. 30, Ruf 7 19

3% Rabatt

Vollmilch
ungez. kondens.

3 Dosen à 170 g **,-89**

Pfefferminz-Bruch **,-25**
100 g

Apfelsaft (Abt. Schwärzer) **,-68**
1 Liter F. Inh.

Tafel-Margarine **,-68**
500 g

Salami **1.35**
ca. 190 g, Stück

Solange Vorrat

PFANNKUCH
3% RABATT

Kirchen-Anzeigen

Herz-Jesu-Kirche

Donnerstag (Vortag des Herz-Jesu-Festes) nachmittags Beichtgelegenheit von 5 Uhr an. Abends 8 Uhr Sühnenacht. Von 8 bis 9 Uhr für die Frauen und Jungfrauen, von 9 bis 10 Uhr für die Männer und Jungmänner. Während der Sühnenacht ist Beichtgelegenheit zur Vorbereitung auf das Patroziniumsfest. Freitag, Herz-Jesu-Fest: 7 Uhr Herz-Jesu-Amt vor ausgesetztem Allerheiligsten mit Sühnekommunion, Weihegebet und Segen.

Anzeigen-Annahme-Schluß

Um die Zeitung unseren Lesern früher zustellen zu können, bitten wir unsere Inserenten, die Anzeigen unbedingt tags zuvor bis abends 1/27 Uhr aufgeben zu wollen. Todesanzeigen können jeweils bis 9 Uhr vormittags des Erscheinungstages aufgegeben werden. Um ein pünktliches Erscheinen zu gewährleisten, bitten wir, die Zeiten einhalten zu wollen.

Ettliger Zeitung / Anzeigen-Annahme

„Mit Dankbarkeit“

werde ich stets an die „Klosterfrau“-Erzeugnisse denken: Seit 19 Jahren bin ich leidend. **Klosterfrau Melisengeist** hat mir in unzähligen Fällen große Linderung gebracht! Auch **Aktiv-Puder** ist ganz ausgezeichnet. Ebenso **Klosterfrau Schnupfpulver**: Bei Erkältungsfällen und Stöckschneupfen wirkt es außerordentlich wohltuend! So schreibt Frau Gertrud vertrauen **Unzählige auf Erzeugnisse von „Klosterfrau“**. Das aber ist der schönste Erfolg: Gerade in unserer kritischen Zeit helfen sie so vielen Menschen **wie nie zuvor!**

Klosterfrau Melisengeist, Klosterfrau Aktiv-Puder und Klosterfrau Schnupfpulver sind in allen Apotheken u. Drogerien erhältlich.

ZU VERKAUFEN
Läuferschwein, schönes, zu verkaufen. Oberweiler, Haus 19

Laufstall
gut erhalten, zu verkaufen. Zu erfr. unter 2248 in der EZ

ZUMIETEN GESUCHT
Direktor eines Industrie-Unternehmens sucht im Raum Ettligen zwei nette Zimmer, möglichst mit Bad in erstklassigem Hause. Angeb. unter 2245 an die EZ

STELLENANGEBOTE
Schulentf., ehliches Mädchen findet gute Tagesstelle. Zu erfr. unter 2247 in der EZ

Vegetabilisches Augenwasser
von Hofapoth. Schaefer bei Ermüdung, Überanstrengung, verschwommen Sehbild, Drücken, Zwickern u. Tränen der Augen, das pflanzliche, langjährig bewährte Stärkungsmittel.

Badenia-Drogerie
Rodolf Chemnitz, Ettligen

12er Tip! Goldgelber Feinschnitt Virginia
50 Gramm 1.60 DM

Erhältlich im **Zigarrenhaus DIETZ**
Groß- und Kleinhandel Leopoldstr. 6 - Tel. 37675

CICHON bietet an:

| | | |
|-----------------------|------------|------|
| 1a gekocht. Schinken | 100 g | ,-58 |
| Tafelmargarine | 500 g | ,-68 |
| Milch in Dosen | 3 Dosen | ,-89 |
| Bienenhonig gar. rein | 500 g Glas | 1.85 |

Solange Vorrat

CICHON
Leopoldstraße 21, Tel. 37464

Umschau in Karlsruhe

Ulrich vereidigt Karlsruher Oberbürgermeister
 Karlsruhe (lsw). Der Innenminister von Baden-Württemberg, Fritz Ulrich, wird den am 8. Juni gewählten Oberbürgermeister von Karlsruhe, Günther Klotz, voraussichtlich am 1. Juli vereidigen.

Gewitter legte Straßenbahn lahm
 Karlsruhe (lsw). Während eines schweren Gewitters, das über Karlsruhe niederging, schlug der Blitz in einen Leitungsmast der Straßenbahn. Der Verkehr lag über eine halbe Stunde lang lahm, bis der völlig zertrümmerte Mast beseitigt war. Auch an anderen Stellen der Stadt wurde der Verkehr durch Blitzeinschläge in Bäume vorübergehend gestört. Es entstand nur Sachschaden. Personen wurden nicht verletzt.

Karlsruhe. Der Bund deutscher Zimmermeister im Zentralverband des deutschen Bauwesens hält vom 25. bis 30. Juni in Karlsruhe seinen diesjährigen Bundestag ab. Mit der Tagung ist eine „Bundesfachschau für das deutsche Zimmerhandwerk“ verbunden.

Aus der badischen Heimat

Gute, neue Lieder werden gesucht
 Mannheim (lsw). Um den Chorvereinen gute, neue Lieder geben zu können, hat der Badische Sängerbund die Komponisten zu einem Wettbewerb aufgerufen. Es werden 5 Chorlieder gesucht, die „in textlicher und musikalischer Aussage“ der künstlerischen Zielsetzung des Badischen Sängerbundes entsprechen und sowohl für große als auch für kleine Chöre geeignet sind. Der Text soll, wie der Badische Sängerbund mittelt, „Ausdruck einer feierlichen Gemeinschaft“ sein. Für den ersten und den zweiten Chor werden Geldpreise von je 150 DM, für die drei weiteren ausgewählten Chöre Preise von 75, 70 und 60 DM ausgeschrieben. Die Manuskripte sind an die Geschäftsstelle des Badischen Sängerbundes, Karlsruhe, Konrad-Kreuzer-Haus, Wilhelmstraße 14, einzusenden. Schluß der Manuskriptannahme ist der 15. August 1952.

Mannheimer Kaffeeschleier verurteilt
 Mannheim (dpa). Im Mannheimer Kaffeeschmuggelprozeß wurde Dr. Adolf Wellenreuther von der Großen Strafkammer Mannheim zu einem Jahr Gefängnis, einer Geldstrafe von 100.000 DM und einer Wertersatzstrafe von 1.352.628 DM verurteilt. Geldstrafe und zwei Monate Gefängnis gelten als durch die Untersuchungshaft verbüßt. Nach den Feststellungen des Gerichtes hat Wellenreuther in Frankfurt, München, Berlin und Mannheim von heimtösenden Ausländern insgesamt 73.512 kg unverzollten und unversteuerten Rohkaffee gekauft und weiterverkauft.

Zuviel Nachtleben in Mannheim
 Verkürzung der Polizeistunden-Verlängerung
 Mannheim (lsw). Oberbürgermeister Dr. Heimerich vertrat vor dem Mannheimer Stadtrat die Ansicht, Mannheim habe zuviel Nachtleben. Die Stadtverwaltung werde deshalb ab 1. Juli für etwa zehn Nachtlöcher die Polizeistunden-Verlängerung von fünf Uhr morgens auf 3 Uhr verkürzen. Es sei zu hoffen, daß diese Maßnahme dazu beitragen werde, die Unfälle und Überfälle in Mannheim auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Der CDU-Stadtrat August Kuhn vertrat die Ansicht, daß der 24-Stundenurlaub, der den US-Soldaten gewährt wird, eine der Hauptursachen für nächtliche Übergriffe ist. Kuhn regte an, über den Städtetag zu beantragen,

daß die Bundesregierung mit den Besatzungsbehörden über eine Änderung der Ausgangszeiten verhandelt.

Der Mannheimer Polizeipräsident Dr. Leiber gab bekannt, daß von den in Mannheim stationierten Soldaten immer nur ein Siebenteil beurlaubt ist.

Mannheim. Am 6. Juli wird der „Hof der Barmherzigkeit“ in Mannheim-Neckarau von Landesbischof Dr. Bender feierlich eingeweiht. Unter diesem Namen sind ein Altersheim, ein Heim für berufstätige Mädchen und ein Säuglingsheim zusammengefaßt. (epd)

Mannheim. Ministerialrat Dr. Heidelberger von der Hochschulverwaltung in Nordbaden wurde bei der Jahresfeier der Wirtschaftshochschule Mannheim die Würde eines Ehrensensors der Hochschule verliehen. (lsw)

Heidelberg. Zusammen mit dem Badischen Pfarrerrat wird der Badische Pfarrverein am 29. und 30. Juni in Heidelberg sein 60jähriges Jubiläum feiern. (epd)

Professor Hölcher 75 Jahre alt
 Heidelberg (lsw). Der frühere Inhaber des Lehrstuhls für alttestamentarische Theologie an der Universität Heidelberg, Professor D. Dr. Gustav Hölcher, konnte seinen 75. Geburtstag feiern. Professor Hölcher, der 1949 emeritierte, ist seit 1926 Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Oslo. 1936 wurde er von der Heidelberger Akademie und nach dem zweiten Weltkrieg von der schwedischen Akademie in Lund als Mitglied berufen. Das erste große Werk, das Hölcher 1914 veröffentlichte, „Die Propheten“, gilt heute noch als grundlegend für die Geschichte des alttestamentarischen Prophetentums.

Vier Selbstmorde in vier Tagen
 Heidelberg (lsw). Innerhalb vier Tagen haben sich in Heidelberg vier Männer durch Erhängen das Leben genommen. Sie standen im Alter zwischen 60 und 75 Jahren. Von der Heidelberger Polizei wird als Grund entweder wirtschaftliche Notlage oder Schwermut angegeben. Die Polizei ist der Ansicht, daß das in Heidelberg herrschende, außerordentlich schwüle Wetter diese ungewöhnlich hohe Zahl von vier Selbstmorden in einer so kurzen Zeitspanne beeinflußt hat. In dem doch immerhin recht großen Unternehmen — es sind in den Anstalten allein über 50 Westwörter tätig — ein sehr guter Geist. Aus Anlaß des Jahresfestes fand ein Gottesdienst für die Epileptiker statt, der durch die Erkenntnis, wie diese armen Menschen doch hinsichtlich der Glaubensidee irgendwie noch mitgehen, stark beeindruckte. Der Festgottesdienst in der Korker Kirche, bei dem Oberkirchenrat Dr. Heiland die Festpredigt hielt, zeigte durch die starke Teilnahme die enge Verbundenheit der Gemeinden des Hanauerlandes mit den Korker Anstalten, die eine Leistung vollbringen, wie sie in dieser Art wohl sonst nirgends geschieht.

Großfeuer in einer Brauerei
 Über 200.000 DM Schaden
 Heidelberg (lsw). Vermutlich infolge Kurzschluß brach in der Mälzerei der in Neckarhausen gelegenen Zweigbrauerei „Palmbräu“, Zorn-Söhne, Eppingen, ein Großfeuer aus, das mit außerordentlicher Geschwindigkeit auf die übrigen Werksanlagen übergriff. Erst nach mehreren Stunden gelang es den Feuerwehren der benachbarten Gemeinden, den Brand einzudämmen und zu lokalisieren. Der Schaden wird auf über 200.000 DM geschätzt.

Glockenkloppl gestohlen
 Tauberbischofsheim (lsw). Die beiden Glocken aus dem Kirchturm des kleinen Tauberdorfes Unterbalbach sind über Nacht verstimmt. Wenn auch die tollsten Gerüchte über das rätselhafte Verstummen der Glocken durch das Dorf swirren, so besteht nach den bisherigen polizeilichen Ermittlungen kein Zweifel, daß die schweren

Bronzekloppl von Altmetalldieben gestohlen worden sind.

Zwei Scheunen ausgebrannt
 Weiher, Kreis Bruchsal (lsw). Bei einem schweren Gewitter, das über Weiher niederging, wurden durch Blitzschlag zwei Scheunen vernichtet. Dabei fielen die landwirtschaftlichen Geräte und Heuvorräte den Flammen zum Opfer. Eine dritte Scheune mußte wegen Übergreifens des Feuers abgebrochen werden. Es entstand beträchtlicher Sachschaden.

Heidelberg wird wieder Stadt
 Heidelberg, Kreis Bruchsal (lsw). Der früheren freien Reichsstadt Heidelberg im Kreis Bruchsal werden am kommenden Wochenende wieder die Stadtrechte verliehen. Mit der feierlichen Übergabe der Verteilungsurkunde wird ein Heimatfest und ein historischer Festzug verbunden. Heidelberg war seit Anfang des 13. Jahrhunderts freie Reichsstadt und verlor ihre Stadtrechte im Jahr 1934. Der Präsident des Landesbezirks Baden hat die Gemeinde jetzt wieder zur Stadt erhoben.

Eutingen. Der Landesverband der vertriebenen Deutschen in Baden veranstaltet am 21. Juni in Eutingen bei Pforzheim eine Sonnenfeier, auf der Vertriebenenminister Eduard Fiedler, der Landesvorsitzende des Verbandes, Dr. Karl Bartunek, und der Pforzheimer Oberbürgermeister Dr. Johann Peter Brandenburg sprechen werden. (lsw)

Furchtbare Morde in Haueneberstein
 Die Ehefrau und zwei Töchter erschlagen
 Haueneberstein, Kreis Rastatt (lsw). Die 40jährige Frau Theresa Gantner und ihre beiden Töchter, die 17jährige Gerda und die dreijährige Renate, wurden in ihrer Wohnung in Haueneberstein ermordet aufgefunden. Die Frau und die ältere Tochter lagen mit durchschnittenen Schlagadern im Bett, die dreijährige war durch schwere Schläge auf den Kopf ermordet worden.

Der Tod scheint nach den bisherigen Ermittlungen bereits in den frühen Morgenstunden eingetreten zu sein. Die Tat ist mit größter Wahrscheinlichkeit von dem zur Zeit flüchtigen Ehemann bzw. Vater der Ermordeten, dem 40jährigen Blechner Friedrich Gantner, verübt worden, der außerdem seinen 12jährigen Sohn Julius durch Schläge auf den Kopf schwer verletzt hat. Nach den bisherigen Ermittlungen scheint der Junge kurz nach der Tat wieder zu sich gekommen zu sein, worauf ihn der Vater aus dem Mordzimmer herausgetragen, verbunden und in sein Bett gelegt hat. Nach Äußerungen der Gendarmerie, die noch keine Einzelheiten bekanntgibt, hat der Vater dem verletzten Zwölfjährigen streng verboten, sein Zimmer zu verlassen. Julius wurde am Abend von seinem 16jährigen Bruder aufgefunden, als dieser von der Arbeit in Rastatt zurückkehrte. Da er das elterliche Schlafzimmer abgeschlossen fand, benachrichtigte der verstörte Junge zunächst die in einer nahegelegenen Ortschaft wohnenden Eltern seines Vaters, die dann zusammen mit Gendarmeriebeamten in das Mordzimmer eindrangen.

Baden-Baden. Bundeskanzler Dr. Adenauer hat das Ehrenprotokoll des vom 12. bis 14. Juli im Rahmen der Internationalen Rosenschau in Baden-Baden stattfindenden Rosenfestes übernommen. (swk)

60-Jahrfeier der Korker Anstalten
 Kork (epd). Die Korker Anstalten feierten ihr 60. Jahresfest. Das Besondere dieser Anstalten und wohl auch das Geheimnis ihrer fruchtbarsten Arbeit ist, daß sie drei verschiedene Unternehmen in sich vereinigen: Epileptikeranstalt, Altersheim und Krankenhaus. Durch diese dreifache Arbeit wird jede Einzeligkeit, wie sie leicht bei einer für sich allein betriebenen Epileptikeranstalt wohl auftreten könnte, ebenso vermieden wie ein zu großer Kräfteverschleiß, und es herrscht

Völlige Freigabe Kehls bis 1. Januar 1953

Kehl (lsw). Der Bürgermeister von Kehl, Dr. Ernst Marcello, gab in einer öffentlichen Stadtratsitzung bekannt, daß nach einer Erklärung des französischen Kreisdelegierten, Grassat, die Stadt Kehl bis zum 1. Januar 1953 wieder vollständig in deutsche Verwaltung zurückgegeben werde. Das Gebiet um das Amtsgericht und das Finanzamt Kehl werde bis spätestens zum 1. November 1952 den deutschen Behörden zurückgegeben. Zu skeptischen Äußerungen der Stadträte über die Einhaltung dieser Termine erklärte Dr. Marcello, daß die französischen Behörden bisher alle Rückgabetermine korrekt eingehalten hätten.

Kehl. Die Kehler Stadtverwaltung hat mitgeteilt, daß der Badische Städtetag in Kehl nicht verschoben wird, sondern termingemäß am 19. Juni stattfindet. (lsw)

Freiburg. Deutsche Standesbeamte sind im Bereich des ehemaligen Landes Südbaden auch für alle Beurkundungen französischer Staatsangehöriger zuständig, gleichgültig, ob diese sich privat in Baden aufhalten oder zur Besatzungsmacht gehören. (lsw)

Haltingen. Im Markgräflerland ist ebenso wie am Kaiserstuhl der Kirchenabsatz stark zurückgegangen, da die Schweiz unter dem Einfluß billigerer Einfuhren aus Italien und der inzwischen angekauften eigenen Ernte den Kirchenimport aus Südbaden eingestellt hat. (lsw)

Konstanz. Oberbürgermeister Franz Knapp konnte auf seine 25jährige Tätigkeit im Dienst der Konzilstadt zurückblicken. Knapp übernahm am 16. Juni 1927 das Amt des ersten Bürgermeisters der Stadt. (lsw)

Lörrach. Der deutschen Zollfahndung gelang es erneut, eine Kaffeeschmugglergruppe zu sprengen. Vorläufig wurden vier Personen aus Lörrach und Freiburg festgenommen. (lsw)

Nachspiel zur Affäre Liechtenstein

Zwei Schweizer verurteilt
 Lörrach (lsw). Die Uhrenschmuggleraffäre des Prinzen Hans von Liechtenstein, die seinerzeit erhebliches Aufsehen erregte, hatte jetzt vor der Basler Strafkammer ein gerichtliches Nachspiel. Zwei leitende Angestellte einer Basler Speditionsfirma wurden wegen „wirtschaftlichen Nachrichtendienstes zu Gunsten einer ausländischen Macht“ zu Geldstrafen von 1500 und 4000 Franken verurteilt.

Neben dem Prinzen Hans von Liechtenstein und einem südamerikanischen Diplomaten hatten verschiedene Schweizer Staatsangehörige die Transporte übernommen. Die deutsche Zollfahndung setzte bei ihren Gegenaktionen einen „V-Mann“ aus Lörrach ein, der eine der illegalen Uhrenlieferungen den deutschen Überwachungsbehörden in die Hände spielte. Dabei wurde der Angestellte einer Basler Speditionsfirma an der Grenze verhaftet. Um den guten Ruf der Firma zu retten, und um eine den deutschen Grenzbehörden übergebene Kautionssumme von 200.000 Franken zu retten, erbot sich zwei Prokuristen des Basler Speditionsunternehmens bei einer Besprechung mit Vertretern der deutschen Zollfahndung, alles zu tun, um die Angelegenheit aufzuklären und ihre Firma zu entlasten. Sie nannten sieben verschiedene Fälle von Großschmuggel mit Uhren und lieferten auch die entsprechenden photokopierten Beweisdokumente.

Grenzlandtreffen der Kriegsoffer
 Lörrach (lsw). Während der südbadischen Landesverbandstagung des VdK, die am 12. und 13. Juli in Lörrach stattfindet, wird ein internationales Grenzlandtreffen der Kriegsoffer veranstaltet, zu dem Vertreter der Kriegsofferorganisationen aus Frankreich und Italien sowie die in der Schweiz lebenden deutschen Kriegsoffer erwartet werden.

Roman von Doris Eicke:

Das Herz muß schweigen

6. Fortsetzung

„Das gefällt mir schon“, sagte sie zögernd, aber der Bauer unterbrach sie barsch.
 „Daß du auf deine alten Tage noch auf so einen Schwindel hereinfallen tust“, sagte er verächtlich. „Meinst etwa, das sei echt?“
 „Es ist echt, Tobelbauer, ein altes Erbstück.“
 „Daß ihr Tschinggen das Bescheissen nicht lassen könnt! Echt? Wo sollte das wohl herkommen? Für ein Fränkl an der Chilbi gekauft, so wird es ein. Und dafür soll ich mein Roß in Nacht und Nebel hinausjagen? Schlagen müßte man mich, wenn ich das täte.“
 Marieli schwieg wie vernichtet. Langsam schlossen sich ihre Finger über dem verschmißten Kleintod. Das hatte sie nicht erwartet. Ein Zittern der Angst und Verzweiflung lief über ihre ganze Gestalt.
 „Ihr wollt es nicht tun, auch wenn das Eveli darüber sterben muß?“ fragte sie noch einmal aus gepreßter Kehle.
 „Ich hab' mich nicht zum Narren halten, am wenigsten von so einem, wie du bist.“
 „Dann“, sagte Marieli langsam und schwer, „soll Gott, der Herr, euch verfluchen und euch verderben mit allem was ihr habt!“
 Eine tödliche Stille entstand, in der die richtige Stimme noch nachzuschwingen schien. Die Toblerin erschrak, daß ihr die Knie ritterten und sie sich an die Wand lehnen mußte. Am ersten Land der Bauer die Sprache wieder, und wie es nicht anders sein konnte, tat er einen gotteslästerlichen Fluch. Marieli aber hielt ihm mit flammenden Augen stand. Sie wußte selbst nicht, woher ihr auf einmal diese Sicherheit kam. Ihr Leben lang hatte ihr die Mutter Demut vor den Besitzenden gepredigt, jetzt aber fühlte sie auf einmal ganz stark, daß der Mensch nichts gilt ohne ein großmächtiges Herz. Noch einmal wandte sie sich ihrem Kinde zu und legte ihm die Hand auf das dunkle Haar.
 „Halt aus, Eveli, ich bin gleich wieder da, ich

schaff' dir schon einen Wagen her, hab nur keine Angst!“

Bevor die Tobelente, sprachlos über diese Sicherheit, sich noch fassen konnten, war Marieli mit ihren leichten Schritten davon. Trotz ihrer Erregung vergaß sie die Laterne nicht; sie holte sie aus der Küche und zündete sie mit einem Spätschen aus der Herdglut an.

Als die Toblerin statt des schweren Haustores die Küchentür gehen hörte, kam sie hurtig auf die Beine.

„Was stiehlt mir unten aus der Küche, Tschinggenmensch? Paß auf, ich hole den Landjäger, wenn mir nachher etwas fehlt.“

Das Eveli ruckte in seinem Bett bestürzt zusammen. Wie konnte man seiner redlichen Mutter einen Diebstahl zutrauen? Waren denn arme Leute ganz ohne Schutz gegen böse Verleumdung?

Aber Marielis Stimme kam ganz ruhig von unten herauf.

„Ich hol' nur meine Laterne heraus, eure Sachen rühr' ich nicht an, es liegt ja ein Fluch darauf!“

„Kreuzmillionensterneadaß!“ schimpfte der Tobelbauer und hob die Faust gegen das Eveli. „In die Schlucht werfen müßte man dich, du Wechselbalg!“

Die dunkelblauen Augen des Mädchens schauten ihm furchtlos entgegen.

„So tut's doch!“ sagte es fast heraufstommend. „Aber, behüt euch in acht, Tschinggen haben einen heimlichen Zauber, und euch wird' nicht gut gehen in nächster Zeit.“

Sich mal einer an, das Eveli! Schon immer hatte ein heimliches Aufrühr in ihm gewühlt, nur mühsam niedergehalten von den beiden Frauen, die es aufgezogen hatten. Das alte Bauernblut in ihm wollte sich nicht so willig dücken wie das ihre. Jetzt, da die Mutter selbst das Zeichen gegeben, brach es sich Bahn. Die

Tobelente staken voller Aberglauben, und das Eveli wußte das. Mit Genugtuung sah es, wie ihnen langsam das Blut aus den harten Gesichtern wich.

„Vergiß dich nicht an ihm, Mann“, sagte die Toblerin schein und zog den Bauer aus der Kammer. „Wollen das Haus verriegeln und nachts gehen, daß wir im Bett liegen wenn das Mensch wiederkommt. Dann mag es sehen, wie es sich Einlaß verschafft.“

Wieder verschwand die Laterne an schwankender Menschenhand in dem Engpaß seiner Schuld; diesmal ist es die zweite, die Marieli durchwandert, und die dritte kurz darauf. Noch immer lastet der Nebel; man sieht nicht wie sonst oben die Feinsinnen gegen den Nachthimmel abstecken. Marieli hastet weiter; sie hat keine Zeit mehr, die Füße vorsichtig hinzusetzen, sie weiß aber auch, daß der Herrgott die Hand schützend über ihr hält. Sie muß das Eveli retten um jeden Preis. Was gilt ihr Stolz gegen das Wohl dieses geliebten Kindes? Von dem, der es ins Dasein rief, wird sie sein Leben heute noch einmal fordern. Jenseits der letzten Schlucht, auf dem tiefsten Punkt des Tales, im sogenannten Loch, liegt des Niklaus Hof.

Siebzehn Jahre waren es her, seit sie gedemütigt lag ins Mark, hier im Gras vor dieser Hofstatt lag und vermeinte, nach solcher Qual müsse das Leben enden. Sie hatte nicht gedacht, daß sie noch einmal freiwillig über diese Schwelle ginge, hatte sie doch in all den Jahren den Weg durch die Schluchten wie Feder gemieden, nur um dieses Haus niemals wiederzusehen. Oft war sie mühselig über den Berg geklettert und jenseits wieder hinab, nur um dem Schmerz dieses Anblicks nicht fühlen zu müssen.

Zwei Hunde schlugen an, der eine tief blaflend aus beider Brust, der andere hell und verspielt; es ist alles wie damals.

„Barry! Nelly!“ rief Marieli selbstvergessen, als könnten es noch die Hunde von damals sein. Aber das Wunder geschieht: die Tiere verstummen, beschwichtigt durch die schnichelnde Stimme; auch nennt der Locher seine Hunde immer gleich.

Ein Kopf erscheint am Küchenfenster, verschwindet wieder. Während Marieli das Haupt

tor aufklinkt, ruft eine herrliche Stimme über den Gang:

„Nun, Kätti, wird's bald? Kannst nicht nachschauen, wer da so spät noch kommt?“

Dem Marieli fährt ein schnelles Web durch die Brust. Diese Stimme! Unter Tausenden hätte sie sie herausgesehen.

Das Kätti ist jungmagd beim Locher, kaum älter als das Eveli und eine Spielgefährtin von ihm. Es kennt Marieli, die da mit ihrer Laterne im dunklen Gang vor ihr steht, aber es wagt seinen Augen nicht zu trauen.

„Ihr?“ stammelt es betroffen.

„Führ mich zum Bauern, gelt, sei so gut!“

„Was gibts? Wer ist's, Kätti?“ kommt aus der Stube wieder die ungeduldige Stimme. Das Mägdlein tritt auf die Schwelle, mit feuerrotem Kopf, und obwohl die Besucherin dicht hinter ihm steht und es hören muß, findet es keinen andern Namen für sie als den, den die ganze Gegend ihr gibt:

„Das Tschinggen-Marieli, Herr Locher, begehrt zu euch!“

Das Kätti erhält keine Antwort. Versetzen schaut es unter sich und gibt die Schwelle nicht frei. Marieli klopft das Herz wie ein Hammer, kein Blutstropfen ist mehr in ihrem Gesicht. Sie wartet, und in diesen paar Sekunden ist der Pulsschlag der Ewigkeit. Dann sagt eine ruhige Frauenstimme:

„Führ sie herein!“

Das Kätti weicht zur Seite und läßt Marieli vorbei; dann schließt es zögernd und mit dem größten Bedauern die Tür.

Vom Tisch hat sich eine große, etwas zu knochige Frauengestalt erhoben und kommt Marieli entgegen. Ihre Blicke stürzen ineinander, wollen bis auf den Grund der Seele schauen. Mechanisch finden sich die Hände zu matten Druck.

„Guten Abend“, sagte Marieli leise. Sie hat Niklaus noch nicht gesehen; am Tisch, im Hellen, sitzt er nicht, aber sie weiß genau, daß seine Blicke jetzt auf ihr liegen. Verwirrt zupft sie an ihrem Tuch, verliert den Zipfel und fühlt es zu Boden gleiten. Wie gelähmt bleibt sie aufrecht; die Locherin ist es, die sich bückt und ihr das Tuch mit leiser Verwundern hinüberreicht.

(Fortsetzung folgt)

